

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Eingelie Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechsgehaltene Zeile resp. deren Raum 1,- Mk.
Bei einmaliger Aufnahme 20, bei 12maliger Aufnahme 30 und bei 20maliger Aufnahme 40 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 08.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 08.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Johann Kelmeyer, Bochum.
Druck u. Verlag von Sandmann & Co., Bochum, Wilmshausenstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz oder Tage zur Aufnahme gelangen.

Westfalen. *)

Westfalenland, dich will ich preisen,
Du bist noch deutschen Sanges wert,
Zum Schwerte gibst du uns das Eisen,
Die Kohle für den deutschen Herd.
Du bist das Kleinod noch inmitten
Von Edelsteinen mancher Art —
Du hast die guten, alten Sitten,
Die alle Treue dir gewahrt. —

So haben oft schon deine Dichter
Im Lied dir den Tribut gezollt —
Ich aber ford're and're Richter
Und buhle nicht um Gunst und Gold. —
Wohl will ich dich, Westfalen, preisen,
Doch ächzen auch die harte Fron,
Womit man Kohle hier und Eisen
Gewinnt um einen Hungerlohn.

Und seh' ich deine Schöte rauchen,
Westfalenland, ein stolzes Bild, —
Ich weiß doch, daß sie Gift nur hauchen
Rings für das blühende Gesicht. —
Ich weiß, wie an den Feuersteinen
Der arme Fröner schnell verdirbt —
Und will den Bergmann nicht vergessen,
Der eines frühen Todes stirbt. —

Mein Heimatland, du bist mir teuer,
Wie hätte sonst ich Sohnesrecht —
Doch haß ich auch wie Blut und Feuer
Den Zwingherrn und den feigen Knecht. —
Und ob auch deine Schloßer ragen
In stolzer Pracht zum Himmelsblau —
Das Volk muß doch die Lasten tragen,
Das arme Volk von jedem Bau. —

Schön bist du, Land der roten Erde,
Im Morgengold, im Abendlicht —
Nur auch ein Land der Freiheit werde,
Dies will und fordert mein Gedicht.
Daß deine Söhne nicht mehr länger
Verkommen noch bei kargem Sold —
O schafft es mit, ihr freien Säger,
Die ihr nicht singt um Gunst und Gold! —

Gedenkt der Vorzeit, wo die alten,
Die freien Sachsen hier gehaust —
Ihr sollt die starke Kraft erhalten,
Die noch im Volke pulst und braust. —
Laßt mächtig euer Lied erschallen,
Daß es durch alle Herzen loht —
Die ihr in Hütten singt und hallen,
O singt die alte Knechtschaft tot. —

H. K.

*) Das Gedicht wurde von dem Komponisten G. W. Uthmann-Darmen für den Arbeiter-Sängerbund Westfalen in Musik gesetzt.

Achtung Kameraden!

Schon wieder versuchen Ruhrgrubenunternehmer durch Agenten aus dem Auslande neue Arbeiterscharen heranzuziehen. Hauptstützen gehen die Agenten, wie uns berichtet wird, nach Oesterreich-Ungarn! Wir fordern unsere österreichisch-ungarischen Kameraden auf, ihre Landsleute dringend vor der Einwanderung in das Ruhrgebiet zu warnen! Hier herrscht Arbeiterüberfluß, es werden Feterschichten eingelegt und die Gedinge und Löhne heruntergedrückt! Die Unternehmer wollen sich nur eine stets brauchbare Reservearmee verschaffen. Darum wird der Arbeiterüberfluß durch Besenagenten immer noch stärker gemacht. Deshalb ersuchen wir die Kameraden im In- und Auslande, den Besenagenten entgegenzutreten, damit die zur Auswanderung überredeten Berufsgegenossen nicht in ihr Unglück rennen. Noch dieser Tage sagte ein Betriebsführer im Ruhrgebiet, als ein Kamerad das schlechte Gedinge nicht annehmen wollte: „Wenn Sie's nicht tun, es laufen genug Arbeiter herum, die gerne hier anfangen!“ Diese Worte beweisen das Vorhandensein eines starken Arbeiterüberflusses. Siltet euch Kameraden, ihr seid ernstlich gewarnt! Organisiert euch alle, das ist das einzige Mittel durch welches bessere Zustände erreicht werden können.

Das Organ unserer österreichischen Bruderorganisation bringt schon an leitender Stelle eine eindringliche Warnung vor der Auswanderung nach Deutschland.

Der Vorstand des Gewerkschafts-Kristall der Bergleute hat sich wegen der systematischen Überflutung des Ruhrbergbaues mit überflüssigen Arbeitskräften an den Herrn Minister Müller gewandt, dabei betonend, daß noch genug gemahregelte und ausgesperrte Bergleute seit dem Streik umherliegen. Wir haben Herrn Müller genügend als tätigen Freund der Besenunternehmer kennen gelernt, so daß wir uns vorzukommen, als verklagten wir den Teufel bei seiner Großmutter, wenn wir uns bei Herrn Müller über die Praktiken der Scharfmacher beschwerten. In der Aufstellung der Massen und in dem Appell an die Öffentlichkeit sehen wir das zur Zeit wirksamste Mittel für den Arbeiterschutze. Was der Gewerkschaftsvorstand in seiner Eingabe hinsichtlich des Arbeiterüberflusses und der brotlosen Bergleute sagt, dem können wir durchaus zustimmen. Der Versuch der Geschäftsführung des Bergbaulichen Vereins, die Feterschichten aus „technischen

Gründen“ zu erklären, ist ein verbrauchter Trick. Sollten die Angaben der Geschäftsführung des Bergbaulichen Vereins (in der Rh. W. Stg.), es gäbe keine Gemahregelten und Ausgesperrten, irgendwo Glauben finden, so wird er in unterrichteten Kreisen mindestens stark erschüttert, wenn wir daran erinnern, daß Herr Bergmeister Engel der Geschäftsführer des Besenvereins ist. Würde doch sogar in der Vergesellschaftungsmission des Herrn Haufes (Kommissionsbericht Seite 8) dem Besenverein der Rat gegeben, „in der Auswahl seiner Beamten etwas vorsichtiger zu sein.“ Dieser Rat wählte sich auf die Ergebnisse des Engelprozesses. Tatsachen sind haltstarke Dinge, die auch keine noch so bestimmt gehaltene Erklärung des bergbaulichen Geschäftsführers aus der Welt schaffen kann. Zuzug ist fernzuhalten aus dem Bergbau Deutschlands, es herrscht Arbeiterüberfluß.

Zum neuen Kampf rüsten!

Ein ernstes Mahnwort an alle Kameraden.

Das Bergarbeiterengesetz ist angenommen und tritt bald ganz in Kraft. Die Bergarbeiter haben unisono geholt, abermals sind sie von den sogenannten arbeitervreundlichen Parteien über Ohr gebauen worden. Von den Konservativen und Nationalliberalen hat die Arbeiterschaft nichts Gutes erwartet, aber da die Zentrumspresse und die Zentrumspolitik heilig und teuer versprochen, wenn der Landtag kein gutes Gesetz zustande bringe, werde das Zentrum an den Reichstag gehen, so haben zahlreiche Arbeiter auf das Zentrum gehofft. Dann mußten die Bergleute erleben, daß im Landtage namens des Zentrums der Abg. Geißler sagte:

„man dürfe „es nicht dahin kommen lassen, daß das Gesetz möglicherweise im Landtage zur Verabschiedung gelangt!““

Das ist denn auch durch das skandalöse Verhalten der Zentrumspartei verhindert worden, heute haben wir ein „Schutzgesetz“, durch welches den Bergleuten die Stimme still gemacht wird. Die Bergleute müssen für diese Verachtung ihrer Menschwürde dem Zentrum recht „dankebar“ sein.

Das Schutzgesetz tritt nun bald ganz in Kraft. Wir haben gezeigt, welche Hintertüren es der Unternehmervelt offen läßt, dort, wo die lärmend gepriesenen „Verbesserungen“ beschlossen. Diese „Verbesserungen“ sind so schwach, daß sie unter der Hand einer rückwärtslosen Werkverwaltung in Verschlechterungen umgewandelt werden können. Gewerkschaftssekretär Effert redet jetzt in Zentrumversammlungen zur Verteidigung der Gesetzesbeschläge. Am 17. Juni aber schrieb Effert im „Bergknappen“: Herr Brust habe eine parteipolitische Brille auf, deshalb finde er Vorteile an dem Gesetz, wo die praktischen Bergleute nur Nachteile sähen! Das ganze Gesetz könne durch einen „Zick“ zu einer Waffe gegen die Arbeiterschaft umgewandelt werden. Deshalb könne der praktische Bergmann „dem Gesetz keinen Gewinn abgewinnen!“

Ein paar Wochen später, als natürlich das Gesetz noch nicht praktiziert worden sein konnte, ist aber doch schon über unseren Freund Effert eine wunderworte Erleuchtung gekommen. Jetzt hat Effert die „parteipolitische Brille“, die er an Ernst tabelte, aufgesetzt und macht in Wählerversammlungen den Versuch, das Gesetz „immerhin“ als einen „Fortschritt“ zu empfehlen. Wir warten ab, bis das ganze Gesetz angewendet wird und werden dann die Bergleute an den Kameraden Effert verweisen, damit er ihnen die „Vorteile“ genauer zeigt.

Wir wissen, daß das Gesetz neue Mittel zur Peinigung der Bergleute geliefert hat, die um so bössartiger gehandhabt werden können, je schwächer der Arbeiter ist. Unter dem Eindruck der Streiks in Schlesien und im Ruhrgebiet hat die öffentliche Meinung sich imponierend für ein Gesetz ausgesprochen, durch welches endlich die alten Bergarbeiterforderungen geregelt und die Volkswirtschaft vor ähnlichen Erschütterungen, wie sie die großen Streiks der Jahre 1889 und 1905 brachten, bewahrt bleibe. Ein solches Gesetz ist aber nicht entfernt geschaffen worden, vielmehr sind Quellen neuer Streitigkeiten geöffnet. Alle Bergleute sind sich darin einig, daß die Regierung ihr Versprechen nicht gehalten hat!

Deshalb tritt nunmehr der denkwürdige Beschluß der Essener Revierkonferenz vom 9. Februar in seine vollen Rechte ein. Dieser von den Delegierten aller Verbände gefaßte Beschluß enthält folgenden Passus:

„Sollten die Versprechungen, die man den Bergarbeitern während des Kampfes seitens der Staatsregierung gegeben hat, nicht erfüllt, die Beschwerden undenklich, die Mißstände im Bergwerksbetriebe in aller Weise fortbestehen bleiben, dann behält sich die Bergarbeiterchaft vor, so einmütig, wie sie diesen Kampf geführt, aufs neue wieder den Kampfplatz zu betreten, um die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen zu erzwingen.“

Die Bergarbeiter verpflichten sich, die Stärkung ihrer Organisation energisch zu betreiben, um jederzeit für einen neuen Kampf gerüstet zu sein.“

Dieser Beschluß ist unbedingt maßgebend; überall, wo wir in Bergarbeiterversammlungen sprachen, ist darauf hingewiesen worden, daß nur ein Waffenstillstand abgeschlossen sei, kein Frieden. Wir nehmen diesen Beschluß durchaus ernst, die Kameradschaft gibt uns ganz gewiß Recht, wenn wir sagen, daß, nachdem in bekannter Weise die Bergleute ihr gefälliges Recht nicht erhielten, nunmehr um so kräftiger die Selbsthilfe organisiert werden muß. Mögen andere die Resolution der Revierkonferenz als eine bloße Formsache angesehen haben, uns ist der Konferenzbeschluß eine maßgebende Willensäußerung der Kameraden. Wer sich heute um die Durchführung des Konferenzbeschlusses herumdrücken will, der gibt damit zu, daß er den streikenden Kameraden eine Komödie vorgespielt hat. Die machen wir nicht mit, sondern wir halten den Bergleuten unser Wort und rufen ihnen deshalb zu: Rüstet den neuen Kampf für einen neuen Kampf!

Dieser neue Kampf wird noch gewaltiger werden wie alle vorherigen. Nun die Bergleute die Gattigkeit des Kapitals kennen gelernt haben, wissen sie auch, daß wir uns auf einen langen Kampf vorbereiten müssen. In ein paar Wochen ist der

Entscheidungskampf nicht erledigt, wenn die Unternehmer wieder ihren Herrenstandpunkt einnehmen. Jetzt wissen alle Kameraden, daß es unter Umständen einen monatelangen Kampf kosten wird, bis die Arbeit zu ihrem Rechte kommt.

Darauf müssen wir uns jetzt vorbereiten. Auch liegen heute die Dinge so kritisch, daß ein unaufgehaltener Kampf nicht auf ein Revier beschränkt sein wird. In Schlesien feuern die Kameraden unter miserablen Zuständen. Die schlesische Bergarbeiterkonferenz hat Mißstände schlimmer Art und eine skandalöse Arbeiterbehandlung enthüllt. Die Kameraden im mitteldeutschen Rati- und Braunkohlenbergbau sind gezwungen, wenn die Unternehmer sich anhaltend ablehnend verhalten, zur Selbsthilfe zu greifen. Der Streik am Delfter hat bewiesen, wie auch in dem hannover-braunschweigisch-tippeschen Bergwerkgebiet die Kameraden sich befreien wollen von dem kapitalistischen Hochdruck. Aus dem Ruhrgebiet und aus dem Saar-Weserrevier kommen immerfort Nachrichten über rückwärtslose Maßnahmen von Arbeitervertretern. In Bayern ist nicht minder die Selbsthaltung der Bergleute einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Also überall leidet die Arbeiterschaft nach Anerkennung ihrer Menschwürde, sehen sie sich gedrückt und verhöhnt; sie genießen nicht den notwendigen Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit. Nur äußerlich herrscht Ruhe, im Innern gährt und brodelt es überall. Das Unternehmertum, pochend auf seine feste Organisation, nimmt keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeiterschaft, die trotz angestrengten Fleißes nicht wohlhabend, sondern ärmer wird.

Weil wir das wissen, ist es unsere Pflicht, die Kameraden auch an ihre Pflicht zu mahnen. Nicht nochmals darf ein Kampf gegen das Abtreten der Organisationsleiter ausbrechen, sondern wenn wieder gekämpft wird, muß alles gut vorbereitet sein für den günstigsten Zeitpunkt. Nicht sorgfältig müssen wir uns vorbereiten, es darf nicht wieder ein wilder Streik losbrechen, der den Unternehmern nützt. Deswegen ist es nun Zeit, in allen Revieren die Kameraden systematisch und fest zu organisieren! Bei dem letzten Streik hat uns eine irrationale Organisation gefehlt. Hieraus müssen alle Bezirksleiter, Ortsverwalter und Vertrauensleute ihr Augenmerk richten. Die Kameraden müssen in öffentlichen Versammlungen aufgestellt und für die Organisation gewonnen werden. In Mitgliederversammlungen muß die Schaltung zu disziplinierten Kämpfern vor sich gehen. Statt, wie es leider noch an mehreren Orten geschieht, in den Versammlungen und Konferenzen sich gegenseitig zu bekriegen und persönlichen Anfechtungen zu machen, denke jeder daran, daß von persönlichen Nebenheiten nur die Besenpartei Nutzen hat. Oft genug schären Besenparteilicher hinterlistig den persönlichen Streit, damit die Kameradschaft sich zerstückelt. Kameraden tut deshalb die Augen auf! Verhindert überall persönliche Streitigkeiten innerhalb der Kameradschaft, denn sie zehren an dem Marke der Arbeiterschaft. Seid brüderlich einig! Gewerkschaftliche und volkswirtschaftliche Aufklärung tut not, vergeudet eure Kraft nicht in gegenseitiger Bekämpfung. Die Arbeiterarmee muß einig und eugentlich anstreben, denn ohne Zusammenhalten werden die Arbeiter niemals etwas erreichen.

In großen Streik fehlte es den Kämpfern auf der Arbeiterseite an Geld, einem hochwichtigen Kampfmittel. Jetzt ist unsere letzte Generalversammlung den vielen Anträgen der Mitgliedschaften nachgekommen und hat den Wochenbeitrag auf 40 Pfg. festgesetzt, um einen größeren Kampffonds zu erreichen. Kampfplünge Neben uns nicht, es muß auch eine achtungsgebietende Macht dahinter stehen. Es gibt Leute, die sich Kämpfer nennen, aber wenn sie für den Kampf auch den nötigen Kriegsfonds an sammeln sollen, dann machen sie allerhand Gegenreden. Mit solchen Auch-Kämpfern kann kein Erfolg für die Kameradschaft erlangt werden. Wenn ein Soldat in die Schlacht zieht ohne Munition, dann liegt er bald am Boden. Wie nötig eine bessere Kriegskasse ist, hat der große Streik allen gelehrt! Was heute die 40 Pfg. pro Woche „zu viel“ sind, der beweist dadurch, daß er nicht ernstlich gewillt ist, den Kampf um seine Rechte zu führen. Hätten wir schon vor Jahren eine bessere Finanzlage für den Verband geschaffen, dann könnten wir im Generalstreik ganz anders auftreten. Wer das schon wieder verweigert hat, was er vor wenig Monaten gelobte, der braucht sich nicht zu wundern, wenn es ihm alle Tage schlechter geht. Am 1. Oktober tritt unser neues Statut in Kraft, welches neben der Zusammenfassung eines besseren Kampffonds den Mitgliedern auch noch direkte Vorteile bietet. Nun wollen wir sehen, wer von den Kameraden aufgemacht ist und Kampfesfreudigkeit und Opfermut besitzt. Unser Verband erhebt von allen größeren Gewerkschaften auch nach dem 1. Oktober immer noch die niedrigsten Beiträge! Die anderen Gewerkschaften haben Wochenbeiträge von 50—150 Pfennig, der Bergarbeiterverband erhebt nur 40 Pfennig und gewährt dafür eine freie Zeitung, Rechtshilfe, Gemahregelten- und Streik-Unterstützung, Arbeitslosen-Unterstützung, Krankengeldzuschuß und Sterbegeld. So jagt unser Verband für seine Mitglieder in allen Notlagen. Den Besenparteilern ist das recht unangenehm, deshalb versuchen sie die Bergleute vom Verband abzuhalten. Die Besenparteilier wollen den Bergmann uneinig halten, damit er besser geknüttet werden kann! Ein denkender Bergmann durchschaut aber dieses niederrückige Spiel und arbeitet erst recht kräftig für den Bergarbeiterverband.

Die Unternehmer fürchten den Bergarbeiterverband, weil er die Bergleute ausrüstet für den Kampf um ihre gerechte Sache. Die Unternehmer wissen, daß die Bergleute durch die Gesetzgebung im Stich gelassen sind und fürchten deshalb den Ausbruch eines neuen gewaltigen Kampfes. Der denkende Bergmann weiß aber, daß ohne Kampf und Opfer kein Sieg zu erreichen ist, und daß der Sieg um so sicherer ist, wenn die ganze Kameradschaft sich stramm organisiert für den unausbleiblichen Entscheidungskampf. Deswegen heißt es nun rüsten, die Waffen straff organisieren, ihnen Disziplin und Opfermut aneignen. Die Herbst- und Wintermonate gehören der energischen Agitation, wir dürfen keinen Mann verlieren, sondern müssen mit alle Kameraden heranziehen zur Organisation! Rüstet wir uns, schnell und kräftig.

Stöckel und Giesberts.

Herr Johann Giesberts braucht notwendig einen angesehenen Beschützer um die Revierkonferenz zu verbunkeln, die er spielt. Herr Johann

Wiesbert hat sich endlich an der Widerlegung unseres Artikels: „Die das Zentrum die Bergleute betrogen hat“ versucht. Er miß sich nach Ueberlesung seines Westdeutschen in der „Essener Volkszeitung“ (Nr. 206) selbst sagen, daß noch niemals ein solches Bestimmen der Zentrumsfraktion eingestanden hat! Welche Mittelchen der biedere Regierungskandidat Wiesberts anwendet, um den Tatbestand zu verbunkeln, dafür nur einige Beispiele:

In seiner Einleitungsrede auf dem preussischen Bergarbeitertag hat er gesagt, wir wollten an der Bergarbeitergesetzgebung in Preußen mitarbeiten. Dazu soll Herr Wiesberts nach der „Essener Volkszeitung“ am 3. September gesagt haben: „Der Abg. Hue hat sich ja selbst auf dem preussischen Bergarbeitertag durchaus für den Bergarbeiterschutz in Preußen ausgesprochen.“ Hat Wiesberts so gesprochen, dann ist er ein wissenschaftlicher Rührer! Hue hatte Stellung zu nehmen zu dem vorliegenden preussischen Gesetzentwurf, über ihn hat der Bergarbeitertag verhandelt, dazu war er einberufen. Es hat sich kein Redner „durchaus“ für die Regelung des Bergarbeiterschutzes durch die preussische Gesetzgebung ausgesprochen, sondern die angenommene Resolution spricht sich für die bessere Reichsgesetzgebung aus! Wiesberts nahm an den Verhandlungen stets teil, danach beweist man die „Wahrheitsliebe“ dieses Regierungskandidaten.

Herr Wiesberts will seinen Hörern glauben machen, das schändliche Kompromiß sei dem Zentrum „angeboten“ worden. Herr Zentrums-Abgeordneter Weisler habe nur den Landtag vor einer „Mamage“ bewahren wollen, deshalb habe der Zentrumsmann Weisler gesagt: wir dürfen das Gesetz nicht an den Reichstag kommen lassen. Wiesberts taumelt von einer Unwahrheit zur anderen. Möge die Zentrumsfraktion doch die amtlichen Stenogramme des Landtages herausgeben mit den Verhandlungen über das Berggesetz, dann wird jeder Bergmann selbst lesen können, daß der Kuhhandel vom Zentrum ausging! Leset man nur die Rede des Herrn Bruns am 22. Mai, wie dieser „Arbeitervertreter“ statt streng an der Regierungsvorlage festzuhalten — was den Bergleuten versprochen worden war! — den Junkern und Werkbestizern Schritt vor Schritt entgegenkam, bis schließlich der elende Kompromiß abgeschlossen war! Herr Weisler sprach nicht nur für sich, sondern im Namen des ganzen Zentrums, als er vor einer besseren Reichsgesetzgebung warnte! Dieser Zentrumssozialpolitiker stimmte in derselben Rede auch ein Loblied auf die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der Zechenbesitzer an, z. B. auch auf die Zechenhäuser, aus denen bekanntlich die Streikenden mit Sach und Päck sofort ausgeliefert werden können. Solche Arbeiterfeinde lobte der Zentrumsführer, um die Junker und „Rationalen“ für einen Kompromiß zu gewinnen. Entweder kennt Wiesberts die amtlichen Stenogramme nicht, dann soll er beschreiben den Mund halten, oder er kennt sie, dann lügt er wider besseres Wissen.

Seine Verlegenheit ist erbarmungswürdig. In derselben Rede sagt er, der Bundesrat würde den Beschluß eines Reichsberggesetzes nicht gutheißen — dann holt Herr Wiesberts tief Atem und donnert in den Saal: „Über diese Widerstände können und müssen überwunden werden!“ Na also, das ist es ja gerade, was die „Bergarbeiterzeitung“ stets vertreten hat. Die Widerstände der Regierung gegen ein Reichsberggesetz „können überwunden werden“, sagt Wiesberts, aber wenn man so viel Verbeugungen vor der Reaktion macht, wie Herr Wiesberts, werden die Widerstände nicht überwunden. Herr Wiesberts ist nach seinem bisherigen ganzen Verhalten zu urteilen, nicht der Mann, der allen Gewalten zum Trost die Arbeiterrechte zur Geltung bringt.

Als es galt, dem Volke die Lebensmittelpreise zu erhöhen, da ist das Zentrum sogar nicht vor Gewalttätigkeiten zurückgeschreckt, um die Widerstände der gewissenhaften Volksvertreter zu überwinden! Jetzt handelt es sich ja auch nur um die armseligen Bergmannsleiber, deswegen schlägt die Partei des Herrn Wiesberts nicht auf den Tisch.

Als Analektikt nennt Herr Wiesberts die Entrüstungssprache los: „Well wir die Annahme des Berggesetzes einen Zentrumsverrat nannten, hätten wir den verstorbenen Stöckel „noch im Grabe beschimpft“, denn er sei in allen bergmännischen Fragen der Vertreter der Zentrumsfraktion gewesen. Herr Wiesberts muß sich bei der Beschreibung des verstorbenen Stöckel sehr in Aufregung geredet haben; so etwas „zieht“ und Wiesberts kann einen Schutzschild brauchen. Wir aber sagen dem hinter einem Verstorbenen sich verteilenden Wiesberts, er solle sich schämen, das Andenken eines Verstorbenen zu unsauberen Wahlpraktiken zu missbrauchen. Als der Wiesbertskumpen Bruns bei der letzten allgemeinen Knappschäftsältestenwahl in die Enge getrieben war, da geriet auch er Leiden aus dem Grabe und warf sie auf das Wahlfeld! Die Leichenagitation scheint in W. Glaback als der Gipfel der Massenbearbeitung eingeträchtelt zu werden.

Wären wir deshalb diesen Schwindel ins rechte Licht. Als Herr Stöckel gestorben, widmete ihm die „Bergarbeiterzeitung“ vom 10. Juni 1905 einen Nachruf, in dem es hieß:

„In einer Geschichte der Bergarbeiterbewegung wird der Name Stöckel häufig zu erwähnen sein. Wir von unserem Standpunkt können das Eingreifen Stöckels in die Organisationsbestrebungen der Ruhrbergleute 1877/78 und 1889/90 nicht als gewerkschaftsförderlich anerkennen. Jedenfalls glaubte aber Stöckel von seinen politischen und religiösen Anschauungen aus das Beste für die Bergleute zu tun. Er und seine Parteigenossen Kaplan Laaf und Medakteur Rittweger („Trennung“) traten 1877/78 der Schaffung eines neutralen Bergarbeiterverbandes in heftigster Weise entgegen und zwar wie ausdrücklich angegeben wurde „als Parteipolitiker“. Auch bei der Gründung der ersten Gegenorganisation zum „alten Verband“, dem von Anton Fischer präsierten „Allt. Auf“ (1890), war Stöckel mit tätig. Er war und blieb in den christlich-sozialen Anschauungen des Wido's Ketteler befangen, in dessen sozialem System politisch und religiös neutrale Gewerkschaften keinen Platz finden. Der Katholizismus wolle alle sozialen Bestrebungen durchbringen, nur in der katholischen Kirche sei soziales Heil zu finden. So Ketteler und ihm entsprach der nun verstorbene christlich-soziale Arbeiterführer Stöckel in seinem öffentlichen Wirken. Er war ein streng katholischer Mann, der seine kirchlichen Pflichten sehr ernst nahm, wie jeder empfand, der ihn persönlich kennen lernte. Seine kirchliche Gesinnung bestimmte auch sein sozialpolitisches Handeln in der Bergarbeiterbewegung. Daß er jemals die Absicht hatte, die Bergleute zu schädigen, können wir auf Grund (späterer) persönlicher Bekanntschaft nicht annehmen. Er trat ein in die Politik als Gegner des offiziellen Zentrums, er wurde 1877 in Essen gegen den offiziellen Zentrumskandidaten, einen Herrn v. Foreade de Waig, gewählt durch die christlich-sozialen und die sozialdemokratischen Arbeiter. Stöckel ist auch bis zuletzt bekannt gewesen als der Vertreter von sozialen Anschauungen, die in der Zentrumsfraktion von der Mehrheit als „zu radikal“ nicht anerkannt werden. Aus persönlichen Anschauungen des Verstorbenen und gegenüber wissen wir, daß ihm die Regierungsvorlage betreffend Bergarbeiterschutz durchaus nicht genügt. Daraus schließen wir, daß Stöckel von den konservativen und nationalliberalen Zentrumsfraktionsmitgliedern schließlich überstimmt wurde und deshalb dem angebotenen „Bergarbeiter-schutzgesetz“ zustimmte.“

Diesen Nachruf haben die „Ess. Volksztg.“ und die „Abn. Volksztg.“ wegen seiner sympathischen Beurteilung des Verstorbenen gelobt. Jetzt ziert Wiesberts Stöckel aus dem Grabe, um ihn gegen uns als Schild über das Wahlfeld zu schleppen. Psuul!

Das nützigste, die Ehre des Verstorbenen gegen die Ausschläger seiner Populartät zu behüten. Als wir den Nachruf schrieben, konnten wir nicht ahnen, daß heute Herr Stöckel von Herrn Wiesberts gewissermaßen als der Hauptverantwortliche für das Truggesetz mißreditiert werden könnte. Deshalb legten wir uns damals Reserve auf. Heute aber sprechen wir zur Ehrenrettung Stöckels und erklären folgendes: In seinen Gesprächen mit uns über das Schicksal der Bergarbeiterschutzgesetzgebung hat uns

Herr Stöckel geklagt, in der Zentrumsfraktion seien Persönlichkeiten mit den Forderungen der Siebenerkommission nicht einverstanden! Diese Forderungen (an den Reichstagler gerichtet) wären den betreffenden Zentrumsführern zu weit gegangen! Stöckel hat schon 1892 im Landtage die alten Bergarbeiterforderungen (Achtstundenschicht etc.) vertreten, er war mit den Forderungen der Siebenerkommission einverstanden. Aber er war ein schlichter Mann, ohne Reichtum und Einfluß bei der Regierung, dagegen scheinen die zentrumslichen Gegner des Bergarbeiterschutzes einflußreiche Leute gewesen zu sein, denn Stöckel hegte keine Hoffnung auf unbedingte Anerkennung seiner Anschauungen. Die Folgezeit hat selber Stöckel recht gegeben. Er mußte dem Fraktionsbeschlusse zufolge auch mit für den elenden Kompromiß stimmen! Das erklären wir zur Ehrenrettung des alten Stöckel, der wahrhaftig genug zu leiden gehabt hat zu Zeiten von den Zentrumskapitalisten, als daß er noch im Tode für deren arbeiterschädigenden Streiche verantwortlich gemacht werden sollte.

Herr Wiesberts, schämen Sie sich! Lassen Sie den verstorbenen Stöckel ruhen. Der ist niemals von einem Regierungsblatt als Kandidat begrüßt worden, wie Sie jetzt, Herr Wiesberts. Lärmt liegt der fundamentale Unterschied zwischen Stöckel und Wiesberts. Lassen Sie den toten Stöckel in Ruhe, das war ein Charakter, an den zu tippen ein Wiesberts nicht fähig ist!

Das hungernde Volk wird noch verhöhnt.

Wort: „Warum bringt ihr kein Schellen gegen die Fleischen über die Rippen, während ihr die Armen um ihre Begehrlichkeit wütet hart anfaßt? Ich glaube fast, euer Christentum ist ein bloßes Wort der Reichen und nicht der Armen. Ihr redet vom Fasten, weil ihr kein Licht habt. ... Ist es noch möglich, innerlich ein Christ zu sein und äußerlich ein Schwein? ... Ihr habt keine Kraft — ihr könnt den lebendigen Gott nicht.“
F. Harter, Kutter.

Beim glänzenden Festmahl im Berliner Kaiserhof, umringt von Nittergutsbesitzern, erbeute der preussische Landwirtschaftsminister v. Vobbielsky, daß keine Fleischnot und keine Fleischvertenerung existieren. Bei dem Handelsminister Müller erhielten wegen der Fleischnot vorpreschende Gasthofsbesitzer den Rat, doch das Essen um 10 Pfg. teurer zu verkaufen, das Essen sei doch in Berlin so billig. Die Arbeiter und Handwerker verdienten heute doppelt so hohe Löhne! Früher hätten die Arbeiter sich begnügt mit zweimal wöchentlich Fleisch, heute wollten sie täglich Fleisch essen! Herr v. Vobbielsky erklärte den Gasthofsbesitzern, das Geschrei über die Fleischvertenerung sei verwerflich — denn nach Inkrafttreten der neuen Handelsverträge (1. März 1906) würde das Fleisch noch teurer werden!

Derartige muß sich das Volk von Leuten bieten lassen, deren glänzende Gehälter von den Steuergrößen des Volkes bezahlt werden! Auf Klagen des notleidenden erwerbstätigen Volkes antworten die Minister nur mit wegwerfenden, höhrenden und beleidigenden Bemerkungen. Braucht man sich da zu wundern, daß die Zahl der Wähler ausfällt, die lieber als „Reichsfeinde“, denn als Anhänger eines derartigen Regierungssystems angesehen sein wollen? Zeit wann sind die Arbeiterlöhne verdoppelt?

Die preussischen Vergleute erhielten 1904 nur einen Durchschnittslohn von 1064 Mark, 1900 stand er auf 1138 Mark! Der Durchschnittslohn der sächsischen Vergleute ist von 824—1176 Mk. im Jahre 1901 auf 790—1132 im Jahre 1903 gesunken; 1904 brachte auch keine Besserung. Der Lohn der bayerischen Vergleute ist gegen 1900 ebenfalls zurückgegangen. Der Schichtlohn der sächsischen Saarbergleute, deren Lage Herr Bergwerksminister Müller hoch kennen mißte, stand 1891 um 18 Pfg. pro Tag höher wie 1901! Wo hat Herr Müller seine Lohnstudien gemacht? Besteht wirklich keine Fleischnot, existiert in der Tat keine Fleischvertenerung? Durch agrarisch frisierte Statistiken soll allen Tatsachen zum Trost die Fleischnot aus der Welt geschafft werden. Alle diese Schönfärbereien können die Arbeiterfrauen nicht belehren, daß „alles in Ordnung“ ist — beim Einkauf merkt die Hausfrau, wie die wohlweise Regierungspolitik auf den Haushalt einwirkt. Es kommen

Bergarbeiter-schutz-Gesetzgebung im Auslande.

Belgien.

Für die Regelung der Arbeiterverhältnisse im belgischen Bergbau kommen folgende Gesetze und Verordnungen in Betracht:

- Kais. Erlaß vom 30. Januar 1813, welcher u. a. einige Bestimmungen über den Schutz der Frauen und Kinder in den Bergwerksbetrieben enthält.
 - Königl. Verordnung vom 28. April 1884 mit Bestimmungen über den Grubenbetrieb.
 - Gesetz vom 16. August 1887 mit Novellen vom 11. April 1896 über die Lohnzahlung.
 - Königl. Verordnung vom 15. März 1898 über die Arbeitszeit der Frauen und jugendlichen Arbeiter.
 - Gesetz vom 15. Juni 1898 über die Arbeitsordnungen.
 - Gesetz vom 11. April 1897 über die Einsetzung von Arbeiterdelegierten für die Grubentontrolle.
 - Gesetz vom 10. März 1900 über den Arbeitsvertrag.
- Außerdem eine Reihe von Gesetzen mit technischen Vorschriften zum Schutze der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter.
- Arbeitszeit.** Durch die königliche Verordnung vom 15. März 1898 ist ein Maximalarbeitszeit im Bergwerksbetriebe nur für männliche Personen unter 18 und weibliche unter 21 Jahren eingeführt. Er beträgt 10 Stunden für die Nachtarbeit und 10 1/2 Stunden für die übrigen Arbeiten, dabei ist bei Arbeiten unter Tage die Zeit der Ein- und Ausfahrt mitzurechnen. Mädchen und Frauen unter 21 Jahren sind von der unterirdischen Arbeit ausgeschlossen. Ein Maximalarbeitszeit für erwachsene Männer besteht nicht.

Grubentontrolle durch Arbeiterdelegierte. Das Gesetz vom 11. April 1897, betreffend „die Einsetzung der Delegierten zur Beaufsichtigung der Bergwerke“ führt die Grubentontrolle durch Personen des Arbeiterstandes ein. Die Organisation dieser Einrichtung ist in der belgischen Gesetzgebung von derjenigen der französischen verschieden. Während dort der Delegierte ein aus direkter Wahl hervorgegangener Vertreter der Arbeiter ist und der staatlichen Grubenaufsicht durchaus selbständig gegenübersteht, ist der belgische Delegierte mehr eine von der Regierung hinzugezogene Hilfskraft der staatlichen Aufsichtsbeamten, ein Standpunkt, den auch das Dekret des Ministers für Industrie und Arbeit, vom 24. Februar 1898 betont.

- Wahlmodus der Arbeiterdelegierten.** Die Delegierten werden dementsprechend durch den Minister für Industrie und Arbeit ernannt auf Vorschlag der paritätischen aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzten „Industrie- und Arbeitsräte“. Das Gesetz bestimmt:
- Artikel 1. — Alle drei Jahre haben diejenigen Sektionen der Industrie- und Arbeitsräte, welche die Steinkohlenindustrie vertreten, dem Minister für Industrie und Arbeit nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften Kandidaten vorzuschlagen zur Anstellung als Delegierte für die Beaufsichtigung der unterirdischen Betriebe auf den Steinkohlenbergwerken.
 - Artikel 2. — Die Anzahl, Größe und Begrenzung der Bezirke, in welchen die aufsichtführenden Delegierten ihre Geschäfte zu besorgen haben, werden alle drei Jahre durch den König festgesetzt. Es sollen mindestens 35 und höchstens 45 Aufsichtsbezirke bestehen.
 - Artikel 3. — Für jede Stelle eines aufsichtführenden Delegierten sind wenigstens zwei Kandidaten vorzuschlagen. Gebehenfalls hat die zuständige Abteilung des Industrie- und Arbeitsrates ebenso viele Kandidatenlisten vorzulegen, als ihr Aufsichtsbzirkel unterteilt sind. Bezüglich der Aufsichtsbzirkel über den Zuständigkeitsbereich sind mehr als einem Industrie- und Arbeitsrate, so sind die betreffenden

Abteilungen zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zu vereinigen, um die Kandidaten zu bezeichnen.

Artikel 4. — Die zuständigen Abteilungen sind durch den Minister für Industrie und Arbeit zu einer besonderen Sitzung zu dem Zwecke zu berufen, um mit dem Vorschlag der Kandidaten vorzugehen. Die Tagesordnung darf keinen anderen Gegenstand enthalten.

Artikel 5. — Der Vorschlag jedes Kandidaten muß getrennt in geheimer Abstimmung erfolgen. Der Vorschlag ist nur gültig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder der Abteilung oder der vereinigten Abteilungen an der Abstimmung teilnimmt und der Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt. Die Mitglieder, welche verhindert sind, an der Abstimmung teilzunehmen, können sich durch einen der stellvertretenden Mitglieder ihrer Abteilung und Kategorie vertreten lassen.

Artikel 6. — Um für das Amt eines aufsichtführenden Delegierten gültig vorgeschlagen zu werden, muß der Betreffende

- 1. Belgier sein,
- 2. das 30. Lebensjahr vollendet haben,
- 3. seit mindestens zehn Jahren als Arbeiter oder Aufseher in dem betreffenden oder einem angrenzenden Aufsichtsbezirk eine oder mehrere Arten von Bergarbeit unter Tage, welche eine Lehrzeit bedingen, wirklich verrichten, mit Ausschluß jeder Tagelöhner- oder Hilfsarbeit,
- 4. lesen und schreiben können und mit den vier Spezies der Arithmetik bekannt sein,
- 5. die elementaren Kenntnisse zum Verständnis des den Betrieb auf einem einzelnen Hüchtl, einem flachen oder einem steilen, darstellenden Grubenbildes besitzen.
- 6. Der Betreffende darf sich nicht in einem der in den Artikeln 8 und 41 des Gesetzes über die Gewerbebetriebe vorgesehenen Fälle der Unmündigkeit befinden und
- 7. seit fünf Jahren nicht wegen Uebertretung bergpolizeilicher Vorschriften bestraft sein.

Das für die Wählbarkeit erforderliche Alter kann auf 25 Jahre und die Dauer der Bergarbeit auf fünf Jahre für diejenigen Arbeiter oder Aufseher herabgesetzt werden, welche mit einem Befähigungszugzeug einer Industrieschule versehen sind, die hierzu unter den durch königliche Verordnung festgesetzten Bedingungen ermächtigt ist.

Der Minister ist an die Vorschläge des Arbeitsrates gebunden:

Artikel 7. — Der Minister hat einen der vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt des aufsichtführenden Delegierten zu ernennen. Mangels zweier gültiger Vorschläge kann der Minister den Delegierten des Aufsichtsbezirks aus der Zahl der Arbeiter ernennen, welche den in Artikel 6 angegebenen Bedingungen entsprechen.

Die Pflichten der Delegierten werden ähnlich bestimmt, wie in dem französischen Gesetze:

- Artikel 10. — Die aufsichtführenden Delegierten haben die Aufgabe:
 - 1. Die unterirdischen Grubenbetriebe in Bezug auf die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter zu untersuchen.
 - 2. Bei der Feststellung von Unglücksfällen und der Ermittlung ihrer Ursachen mitzuwirken.
 - 3. Eintretenden Falles Zusammenhandlungen gegen die Gesetze und Betriebsverordnungen, deren Befolgung die Bergingenieure zu überwachen haben, anzuzeigen.
 - Bei Ausführung dieser Aufgabe haben die Delegierten sich nach den Anweisungen zu richten, welche ihnen eintretenden Falles von den Bergingenieuren erteilt werden.
 - Die Einzelheiten ihrer Verpflichtungen und Rechte sind wie folgt geregelt:
 - Artikel 11. — Jeder Delegierte hat die unterirdischen Betriebe seines Aufsichtsbezirks mindestens achtzehnmal im Monat zu befragen.

Nach der Ausfahrt hat derselbe in ein besonderes Verzeichnis, welches von der Betriebsverwaltung zu beschaffen und der Betriebsleitung sowie den Arbeitern an der Betriebsstätte zur Verfügung zu stellen ist, einzutragen:

- 1. Den Tag der Befahrung.
- 2. Die Stunde des Beginnes und der Beendigung der Befahrung.
- 3. Den eingeschlagenen Weg.
- 4. Die beobachteten wichtigen Gegenstände.

Der Betriebsdirektor hat das Recht, seine Bemerkungen in Bezug auf diejenige des Delegierten in demselben Verzeichnis niederzulegen. Der Delegierte hat ohne Verzug eine Abschrift der in dem Verzeichnis eingetragenen Bemerkungen demjenigen Bergingenieur zu übergeben, welcher ihm zu diesem Zweck bezeugt worden ist.

Artikel 12. — Die aufsichtführenden Delegierten können für ihre unterirdischen Befahrungen einen Führer verlangen. Sie dürfen eine Begleitung nicht ausschlagen.

Während ihrer Befahrungen haben die Delegierten jederzeit das Recht, zu verlangen, daß ihr Begleiter sich für einen Augenblick entfernt, damit die Arbeiter Gelegenheit haben, sich frei mit ihnen zu unterhalten.

Sie dürfen die Grubenbilder und die Arbeiterlisten einsehen, ohne dieselben jedoch mitzunehmen und zu kopieren.

Um zu verhindern, daß die Delegierten durch politische oder wirtschaftliche Interessen gegenüber den Arbeitern sich beeinflussen lassen, wird bestimmt:

Artikel 14. — Die aufsichtführenden Delegierten dürfen weder Mitglieder der Gewerbebetriebe noch der Industrie- und Arbeitsräte, noch der gesetzgebenden Kammern, noch der Provinzial- oder Gemeindebetriebe sein.

Artikel 15. — Die aufsichtführenden Delegierten dürfen kein Gewerbe betreiben. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf deren Frauen und die bei ihnen wohnenden Eltern und Verwandten in direkter Linie.

Artikel 16. — Die Amtsdauer der Delegierten beträgt drei Jahre. Scheidet ein Delegierter vor Ablauf dieser Frist aus, so wird sein Nachfolger nur für den Rest der Periode ernannt. (Art. 8 u. 9).

Entlassung. Zur Entlassung des Delegierten ist der Minister berechtigt, wenn derselbe sich einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht hat, oder auch, wenn er infolge von Verbrechen seinen Dienst nicht mehr wahrnehmen kann. (Art. 13).

Entschädigung. Die Delegierten erhalten „aus Staatsmitteln eine jährliche Entschädigung und Reisekosten, deren Bestimmung durch königliche Verordnung erfolgen soll“ (Art. 16). Die aufsichtführenden Delegierten bleiben während der Dauer ihres Amtes im Genusse der Vorteile, welche eventuell von den allgemeinen Bergarbeitern-Unterstützungskassen gewährt werden, zu denen die Werte gehören, auf denen sie zuletzt beschäftigt waren. Die vorgeschriebenen Abzüge sollen nötigenfalls von ihren Entschädigungen gemacht und durch Vermittlung des Staates an die betreffenden Kassen abgeführt werden. (Art. 17).

Durch königliche Verordnung vom 12. Dezember 1897 ist dann die im Gesetze vorgesehene Regelung erfolgt. Die jährliche Entschädigung für das Kilometer festgesetzt worden, doch gewöhnlich Reisen von weniger als fünf Kilometern für die Hin- und Rückreise keinen Anspruch auf Entschädigung. Der Minister soll jährlich den für die Reisekosten zu bewilligenden Betrag in einer runden Summe festsetzen, diese darf aber 300 Fr. für den Aufsichtsbezirk nicht übersteigen.

Ausdehnung des Gesetzes auf andere Betriebe. Das Gesetz über die Arbeiterdelegierten gilt zunächst nur für den Steinkohlenbergbau, doch ist seine Ausdehnung im Wege der Verordnung auch auf andere Bergwerke im Gesetze vorgesehen. (Art. 19).

... die Folgen der seit Jahren betriebenen „praktischen Politik“ der Nationalpartei und feudalen Viehhändler zum Vorschein. Durch Gesetz und Verordnung ist die Fleisch- und Vieheinfuhr nach Deutschland verboten, zum Teil ganz verboten worden. Der Vergarbeiter wird das Anrecht auf ein Mindesteinkommen (Minimallohn) bestreiten, auf dem Mannheimer Zentrumstag schloßerte ein Zentrum's „sozialpolitischer“ brutal den Arbeitern das Wort in's Gesicht: **Recht auf Arbeit, d. h. Recht auf Lebensunterhalt, habt ihr nicht!**

Aber damit die hochbetrienen Junker und ihr Anhang „standesgemäß“ gedeihen können, wird durch gesetzgeberische Maßnahmen dem Volke ein Kolonialtribut auferlegt, der den „Erdellen und Westeln“ ein „standesgemäßes“ Mindesteinkommen sichert. Wer da hat, dem wird gegeben, wer aber wenig hat, dem wird auch das Wenige noch geschmälert. Das heißt man „patriotische“, „praktische“, „christliche“ Politik. Christus trieb die Böllner und Wucherer zum Tempel hinaus!

Im Jahre 1898 besaß das Deutsche Reich rund 54 1/2 Millionen Einwohner, 1904 waren es 59 1/2 Millionen. Für dieses stark vermehrte Volk hätten auch entsprechend größere Mengen Nahrungsmittel besorgt werden müssen zu erschwinglichen Preisen. Was ist aber getan worden für die bessere Volksernährung? Es wurden in Deutschland eingeführt:

	1898	1904
Einfach zubereitetes Rindfleisch	23 087 D. P.	40 118 D. P.
Einfach zubereit. Schweinefleisch	98 640 „	28 381 „
Schweineschinken	53 484 „	9 755 „
Schweinespied	277 652 „	24 694 „
Wurst	43 607 „	— „
Wildschweinfleisch	40 022 „	— „
	636 232 D. P.	97 943 D. P.

Das Volk hat sich um fünf Millionen Köpfe vermehrt, die Fleischzufuhr ist in ungeheurer Weise vermindert worden! Die Arbeiter „sien zu viel Fleisch, sie werden zu äppig, ihr Schwachtriemen muß besser angezogen werden. Ein Tröstliß dabei — wenn die neuen Handelsverträge wirken, wird das Fleisch noch knapper und teurer! Hoffentlich dieser Menschenfreundlichkeit!“, wie sagt doch das „herrliche Wort“ für das Volk, dafür wollen wir aber auch hübsch brav sein und alles gern bezahlen für dieses „Welches Macht und Herrlichkeit“.

Die zentrumstheologische „Nationale Volkszeitung“ schreibt, als ob die Proteste gegen den Fleischwucher nur leeres Geschrei seien. Gewiß, die allmächtigen Zentrumsführer haben ja die Führung gehabt bei der Behinderung der Fleisch- und Vieheinfuhr, die Zentrumskristen haben die unheilbaren Zustände in der Volksernährung auf dem Gewissen. Fast ihnen die Volksernährung gegen die Auswucherungspolitik recht unangenehm ist, kann man begreifen. Nicht nur Herr Müller sagt, die Arbeiter seien zu begierlich, sondern auch das Zentrumblatt im Schaffenerbezirk beschildigt die Arbeiter der Genußsucht, der Vergier nach Fleischspeisefest! Wie kann der Arbeiter auch so unverschämte sein, täglich Fleisch essen zu wollen. Davon wird man ja krank, wie die armen Menschen beweisen, die sich alljährlich plagen müssen in Karlsbad, Wiesbaden, Baden-Baden usw., um die verkettenenden Folgen des unvernünftigen Fleischgenusses abzugeben. Da ist es doch besser, man bleibt mager und gesund, deshalb ist es wahrhaft „praktische Volkspolitik“, für möglichst teure Lebensmittel, insbesondere für Fleischmangel zu sorgen, damit die Arbeiter nicht an der Fettucht sterben. Wer diese „praktische Politik“ durchführt, ist „wahrhaft christlich“, also ist das Zentrum, welches dem Volke den Fleischwucher, die Grenzsperrn und das Fleischzufuhrverbot beschert hat, eine „wahrhaft christliche Partei“. Wer das nicht glaubt, der lese in der Bibel nach, was Christus über die Böllner und Wucherer sagte.

Als wir uns vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gegen den neuen Volkstaxi wehrten, bestritten die Herren Wiesberts, Brust und Gen., daß die höheren Rölle auch höhere Lebensmittelpreise bedeuten. Jetzt haben wir schon Minister v. Poddbielsky zum Kronzeugen, der dem hungernden Volke tröstend zuredet, wenn die neuen Rölle kämen, würde das Fleisch noch teurer. Wie sich jetzt schon die Fleischpreise entwickelten, dafür entnehmen wir den Vierteljahrspreisen für Statistikk folgende Nachweise. Es kosteten im zweiten Vierteljahr ein Doppelzentner Schlachtgewicht durchschnittlich in den Hauptorten Berlin, Dresden, Köln und Frankfurt a. M.:

	im 2. Vierteljahr Durchschnitt 1898—1900	dagegen 1905:
	Mt.	Mt.
Dahsen, vollfleischige	128,7	145,2
„ junge	123,8	135,8
Kärfen und Kühe	118,9	126,7
Kälber	145,8	163,1
Rindvieh, durchschnittlich	127,9	142,7
Schweine, vollfleischige	102,3	133,1
Eammel, jüngere	125,7	146,4

Im Juli-August 1905 sind die Preise weiter gestiegen, aus zahlreichen Orten kommen Nachrichten von erhöhten Fleischpreisen und aufgegebenen Metzgereien. Das Pfund Rindfleisch, Schweinefleisch oder Kalbfleisch ist heute 20—40 Pfg. teurer wie voriges Jahr, manche Metzger haben ihren Laden zugemacht, weil sie kein Vieh zu erschwinglichen Preisen bekommen können! In Aachen ist das Pfund Fleisch bis auf eine Mark im Preise gestiegen. Auf dem Alteneffener Schweinemarkt kosteten im Vormonat Faselschweine 45—65 Mark, 5—9 Mark mehr wie einen Monat vorher. Wer nun großer Schweinezüchter ist wie Minister v. Poddbielsky, macht ein brillantes Geschäft. Die Vergarbeiterfrauen gehen zum Pferdemezger, da sie anderes Fleisch nicht mehr bezahlen können. Im Bezirk Zwickau kostete das Pfund

Rindfleisch	Kalbfleisch	Schweinefleisch
1900 67 Pfg.	70 Pfg.	67 Pfg.
1904 73 „	72 „	72 „

Die Löhne sind gesunken, die Lebensmittel sind teurer geworden! Dadurch muß natürlich der Arbeiterwohlstand kolossal steigen. In Frankfurt a. M. betrug der Fleischverbrauch pro Einwohner 1896: 169, 1904: 139 Pfund! Der Wohlstand wächst, wir schwimmen im Wohlstand, weil der Volke, das so fürsorgliche „praktische Politik“ hat, wie wir Uebergelücklichen in den konservativen, zentrumistischen und „nationalen“ Volkstribunen besitzen. Als die Böllnermehrheit in der Nacht vom 14. Dezember 1902 den Zollwuchertarif gegen die sozialdemokratisch-freieinnige Winderheit durchgedrückt hatte, da gingen die Zentrumsherrn in die Frühmesse zu einem Dankgottesdienst! Wenn da der von Herrschenden gekrenzte Volkstribun Christus unter die Böllner getreten wäre, was würde ihnen geschehen sein?

Warum wird die Vieh- und Fleischzufuhr erschwert und verboten? Angeblich weil das ausländische Fleisch — gesundheitsgefährlich ist, also wieder ein „Volksschub“. Die guten agrarischen Seelen! Kein Mensch verlangt daß das Vieh ohne Kontrolle, das zubereitete Fleisch ohne Untersuchung eingeführt werden soll. Es soll und muß kontrolliert und untersucht, aber nicht abgeperrt werden. Man läßt doch allwöchentlich nach Obereschlesien 1850 russische Ferkel importieren, den Anträgen der Stadtverwaltungen (denen sich bezeichnenderweise auch der obereschlesische Stadtschreiber angegeschlossen hat), die Zahl der eingeführten Schweine zu erhöhen, entgegen der Minister: „Kein!“ Seuchengefahr ist hier nicht anzuschlaggebend, denn die kann durch 1350 so gut wie

durch 3000 Schweine erzeugt werden. Dagegen schilt eine sachverständige Untersuchung. In Aachen hat eine Volksversammlung, die auch von christlichen Gewerkschaftern mitarrangiert war, die Regierung auch ermahnt, die Einfuhr größerer Viehmengen aus Holland zu gestatten. Wenn die höher-n Lebensmittelpreise gültig werden, können sich die irrgeliteten christlich-organisierten Arbeiter beim Zentrum und bei ihrem Führer Wiesberts u. Gen. bedanken für die stärkere Nahrungsmittelverwertung. Die jenen Lenten glauben, werden noch bitter um eigenen Leibe erfahren, daß Zollfragen auch Zollfragen sind, und deshalb ein Gewerkschafter für Lohnverschlechterung eintritt, wenn er für höhere Rölle agitiert.

Alles was das Volk braucht, wird im Preise gesteigert. Kartoffeln, Mehl, Weizen, Getreide, Fleisch, Fisch, Brot, alles ist verteuert durch unsere „praktische Politik“, die das Volk auswuchert. Man schwimmt dem Volke vor, die Grenzsperrn u. dergl. geschäbe zu seinem Schutze, aber das Volk ist heute gezwungen, das minderwertige Zeug von der „Freibank“ zu kaufen. **Sünde und Raub werden geschlachtet für einen „Volksschub“.** Ein Polizeirat von Ulm zog die richtigen Schlüsse aus der „praktischen Politik“ — er beantragte das **Fleisch, welches so verdorben ist, daß es bisher verkarret werden mußte, zu kaufen und an die ärmere Bevölkerung zu verkaufen!** Das **Was als Volksspeise, geholt vom Schuldanger!!!** O wie herrlich haben wir es im Zeichen der „praktischen Politik“ gebracht, nicht wahr Herr Johann Wiesberts? Ein anderes Bild: Dem Volk wird Fleisch vom verdorren Fleisch angeboten. Um so ergreifender schreit die „nationale“ „Männliche Zeitung“ die Leiden der „oberen Zahnleude“. Das Blatt schreibt:

„Wer nicht eine sogenannte Saison in der Großstadt mitgemacht hat, der kann kaum verstehen, warum in den Kreisen der oberen Zahnleude so häufig ein schlechter Magen anzutreffen ist. In einer solchen „Gesellschaftsaison“ können sozial Schändlichkeiten auf den Wagen ein, werden sozial Blätter gemacht durch das **Uebermaß der genossenen Speisen**, durch das Durcheinander von heiß und kalt, von scharfen und gemäßigten Sachen, vor allem aber durch den Mißbrauch von Schnäpzen und sonstigen alkoholischen Getränken und zuletzt noch durch den Genuß von schweren Importen (Santana-Piquetten), daß man sich eigentlich nur wundern muß, warum nicht die ganze Gesellschaft einen schlechten Magen hat. Könnte sich die **vornehme Gesellschaft entschließen, auf die herkömmlichen Kostverehrungen zu verzichten**, so würde die Erscheinung des chronischen Magenleides nicht mehr so alljährlich sein, so mancher könnte sich einen gesunden Magen erhalten.“

O wie „christlich“ ist diese „beste der Welten!“ Die Arbeiter barben mit ihrer Familie, wer weiß wie oft vernehmen wir die grausige Kunde, daß ein Witwenkind buchstäblich verhungert oder eine ganze Familie wegen Nahrungslosigkeit selbstmord verübte. Und die „oberen Zahnleude“, wie die „Nationale Zeitung“ sagt, sätten sich ab, daß sie wegen Viehheerei an verdorbenen Mägen leiden! Das sollen „Auswüchse“ sein, gewiß wollen wir nicht verallgemeinern. Aber was lesen wir in der Bibel:

„So jemand dieser Welt Güter hat und sieht seinen Bruder darben und schließt sein Herz vor ihm zu, wie liebet die Liebe Gottes bei ihm?“

Wer gibt von den Wortchristen seinem armen darbenenden Bruder Speise und Trank? Wer befolgt das Wort: „Wer zwei Mäde hat, gebe dem der leinere hat?“ Sammelt nicht Schätze die Wänten und Kost freßen?“ Ist jemand überzügter Nachfolger der christlichen Lehre, dann muß er in unerbittliche Feindschaft zu dem sich auf der Gasse breit machenden Wortchristentum geraten, heiliger Zorn muß ihn erfüllen, der ihm solche gewaltigen Worte eingibt, mit denen Pfarrer Kutler in seinem Wuche „Sie müssen!“ das moderne Scheinchristentum geißelt. Aber was sehen wir? Herr Professor Meyenburg hielt auf dem Zentrumsparteitag unter riesigem Beifall eine Rede, worin der Reichtum als Belohnung für bewiesene Tugend verherrlicht wird! Selbstverständlich ist dann die Vermeidung eine Strafe für Sünde und Mangel. Das ist „modernes Christentum“, unrichtig gestützt für die politischen Bedürfnisse der Stellenräger und „praktischen Politik“. Holn wird dem hungernden Volke zuteil. Gütte Christus solche „praktische Politik“ betrieben, die Herrschenden hätten ihn nicht getrennt, sondern mit Ehren, Würden und gutbezahlter Staatsstellung bedacht.

Der sächsische Vergarbeiter-Tag.

Die Vergarbeiter Sachsens hielten am 3. September in Delsnig im Orzege eine öffentliche Konferenz ab, um sich über ihre wirtschaftliche Lage zu beraten. Schon im Vorjahre fand in Zwickau eine ähnliche Tagung statt und hier schon zeigte es sich heraus, daß die sächsischen Vergarbeiter alle Ursache haben, recht oft die Deffenlichkeit für sich anzurufen, umfomehr, als die wirtschaftliche Lage der Vergarbeiter hier anfangen unheilbar zu werden.

Auch in der bürgerlichen Welt hämmert es auf, daß manches auf den Gruben Sachsen jauch ist. Schrieb doch u. a. kürzlich auch das „Berliner Tageblatt“, daß man den Mägen der sächsischen Vergarbeiter u o l l e s V e r s t ä n d n i s entgegenbringen solle. So notwendig dieses Verständnis wäre, so weit sind wir von einer Beachtung der Vergarbeiterlage von maßgebenden Stellen aus entfernt. Im Königreich Sachsen herrscht noch die Methode bei diesen maßgebenden Stellen, auch den geringsten und vernünftigsten Ansprüchen der Arbeiter Widerstand entgegenzusetzen. Kommt es infolge dieser Haltung zu wirtschaftlichen Staatsstößen — wie der Vergarbeiterstreik im Jahre 1900, die Textilarbeiterausperrung in Grimnitzschau — dann eilen Regierung wie Behörden den Unternehmern mit dem Polizeimittel zu Hilfe. Nun sind durch jehes Draufgehen die schlimmen Zustände nicht aus der Welt geschafft. Wagnis ist es aber, die großen Streiks, wie den der Vergarbeiter im Jahre 1900 als ein vis major — eine höhere Gewalt, der man nicht vorbeugen kann, zu betrachten. Schlimmer noch jeden Streik als Produkt gewissenloser Hegey zu bezeichnen. In Sachsen war es aber bisher nicht anders und darum hat man es gleich Redenburg als das Rändchen der struppellosesten Reaktion sehr oft genannt. Dabei ist Sachsen Industriestaat, dessen Fortentwicklung im sozialen Frieden seine festeste Grundbedingung hat.

Der Haß und die Mißachtung gegen die aufstrebende Arbeiterklasse schlägt unfer maßgebenden Kreise nun einmal mit Blindheit. Blind gegen eine vernünftige Entwicklung der Dinge, taub gegen Mägen und Mahnungen, außer sie kommen von Junkern und Großindustriellen. Die Freundschaft der sächsischen Regierung, der unteren Behörden mit sogenannten Streifen ist so stark, so offen, daß man sich an die römischen Weiber erinnert fühlt, die sich naht, ohne Scham, vor den Augen ihrer Sklaven auszuogen, weil sie in diesen keine Menschen sahen.

Wir weisen auf die Zusammenkunft der Regierungsbehörden und Grubenbesitzer im „Reinholdsgarten“ zu Zwickau beim letzten Streik hin. Bei perlendem Weine war das Ergebnis dieser Zusammenkunft bald festgestellt: Auf den sächsischen Gruben gibt es keine Mißstände, die den Streik von 1900 berechtigen. Dann treten die bekannten Folgen ein, die heute noch jedem rechtlich denkenden Menschen die Schamröte ins Gesicht treiben.

Die Vergarbeiter werden der sächsischen Regierung niemals vergessen, was sie 1900 getan. Im vergangenen Jahre auf der Konferenz kam es zum Ausdruck. Die Leiter nahnten, an die Regierung mit ihren Mägen zu gehen, ein zorniges Nein war die Antwort. Wir haben kein Vertrauen zu der sächsischen Regierung mehr! O ja, die sächsischen Vergarbeiter haben jederzeit die Mißachtung der herrschenden Kreise gegen sie gefühlt.

Da man nun aber den Hunger nicht mit der Peitsche, Werksmäßstände nicht durch Seeren von Selbstläsers aus der Welt schafft, so ist der Hunger geblieben und die Mißstände auf den Bergwerken haben in erschreckender Weise zugenommen. Das hat die Konferenz in Delsnig i. Orzege mit aller Deutlichkeit gezeigt. Und die länder Verschlimmerung der Vergarbeiterlage ist es auch, die die sächsischen Snappen veranlaßt auf Konferenzen zusammenzutreten, um einen Ausweg aus diesem kulturwidrigen Zustand zu suchen.

So fand denn von diesem Geiste befehle auch die Konferenz in Delsnig statt. Es würde zu weit führen, wollten wir auf alle die

Einzelheiten, die diese Konferenz zurage förderte, eingehen, wie beachtlichen heute mehr die Biergebade des „Vollsoßs“ nach sonstwie eine ausgehliche Darstellung des Gehörten. Wie der „Freitagstag“ in Berlin, so bildeten auch hier die Darstellungen der Delegierten eine einzige wundtliche Anklage gegen die Regelscheiter und ihre Direktoren. Welche Tage für die Vergarbeiter war heute nicht faden, sie liegen wie in Träumen in der vergangenen Zeit begraben. Ja, die alte sächsische Snappenherlichkeit löst sich wie in den übrigen alten Snappenbeden nur noch wie ein Mächen aus „Lautend und einer Nacht!“ an.

Einmal bulten die „Proben“ auch da um die Kunst der Vergleute, heute hatten sich die Gesellschaften meist vom Schuck. Sie mögen sich nicht im Dankskreis der Vergarbeiter auflösen. Einmal nur schien es, als ob es anders werden sollte und zwar war es bei der Konferenz in Zwickau. Ein selbststiger Freiher und „hoher Rat“ war als Regierungsvertreter auf der Konferenz anwesend. „Aber ich bitte mir aus, keine Frage zu stellen, ich bin zu einer Beantwortung nicht ermächtigt.“ Es wurde darum nicht gefragt und der Herr kam nicht in Verlegenheit zu antworten. Aber gelernt hat die Regierung in Zwickau doch. Auf der beschriebenen Konferenz lebte sie entschieden die Entsendung eines Regierungsveterers ab. Das tut wie in Berlin, so auch in Delsnig, den Verhandlungen keinen Abbruch. So konstatierte Kamerad Sachse, der als Vorkämpfer gewählt war über diese Nichtentsendung — aber die Regierung trat trotzdem mit uns in Verbindung, zwei Genossen, einen Polizeisten und einen Polizeiwachtmeister hatte man zur Ueberwachung geschickt. Damit gab man der Konferenz das politische-sächsische Gepräge. Na, wenn wir Vergewaltiger gewesen wären!

Noch etwas schlimmeres widerfuhr uns: Der Konferenz war auch der „Königsleue Snappenverein“ des Lugau-Delsniger Revier geladen worden. So kameradschaftlich die Einladung lautete, so truden wir die Ablehnung. Später gab's nicht, zum Ueberzeugungsmittel auch keine Gegenheit. Warum also an des eigenen wie an irgendeiner anderer Kameraden keinen Anteil nehmen? Es muß nun auch solche Leute geben, denen ein zukünftiges Geschick noch ins Grab hinein Mitleid und Betachtung sollt — lewer. Unfer auswärtigen, außer-sächsischen Kameraden werden es nicht übel nehmen, daß wir nur aus heiliger Gerechtigkeit die Namen der Vergarbeiter haben, denen der Begriff Sozialverrat ein Fremdwort ist. Die sächsische Mißwirtschaft auf den Gruben richtet nicht den Vergarbeiter allein physisch zugrunde, sondern verflümmert ihn auch in ethisch-sittlicher Beziehung. Umfomehr freut uns, daß soziale Kameraden unsern Ruf zur Teilnahme an der Konferenz folgten. So im Lichte der Grubenbesitzer hatten Delegierte entsandt, auch der Vorkämpfer war vertreten. Vier Kameraden vertraten die Braunkohlegruben. In Zwickau waren 33 Delegierte vorhanden. Vom Verbande nahnten auch teil die Kameraden Sachse und Polkorn, die Bille-Beil, Wärtner-Zentenberg, wie auch viele andere auswärtige Kameraden hatten es sich nicht nehmen lassen der Konferenz beizumischen. In Zwickau schloß sich den 32 Kameraden die Vergarbeiter des Lugau-Reviers an. Die Verhandlungen währten von Freitag 11 bis Samstag 8 Uhr mit einer kurzen Mittagspause. Das erste- und letzte gab Polkorn, dann folgte die Berichtserstattung. Wo die einzelnen Delegierten wegen ihrer großen Abhängigkeit nicht für ihre Gruben fürsteten, nahnten sie selbst das Wort, sonst hatten sie aus dem Munde schon früher geäußert Kameraden ihre Sprecher gewählt. Wie im vergangenen Jahre, ist auch diesmal wieder Made an einzelnen Delegierten durch die Wertscherrern genommen worden. Schon liegt ein Kamerad von Flor. Krüster u. Comp. auf dem Straßengraben, ob andere folgen, bleibt abzuwarten. Eins ist sicher, diese Maßregelungspraxis hat für unsere im Vorretreffen stehenden Kameraden längt seine Schäden verloren. Aber köcherlich erscheint es, wenn man sich später erregt über die Mißhandlung, die den armen Wertscherrern den Schlaf rauben — ihm keine Ruhe gönnen.

Was stellte nun die Konferenz West über die Lage der Vergarbeiter in Sachsen?

Zunächst, daß bis zum Jahresanfang 1905 die allgemeine Geschäftslage in der Industrie Deutschlands stabil blieb, gegen das Vorjahr — gegen früher die Preise als wenig überwinden gelten kann. Die allgemeine Industrieentwicklung einschließlich die in Sachsen hat bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen. In Sachsen hob sich die Förderung, wie auch die der Lebensproduktion ganz bedeutend. Dabei hat die Zahl der Arbeiter wie im Jahre 1903 auch 1904 abgenommen. Die Preise sind gar nicht mehr solche wie in der Zeit der Not, aber immer noch hoch genug, um das gesamte Volk wie die Industrie stark zu belasten.

Die Arbeiterlöhne haben mit der Leistung keinen Schritt gehalten. Gegen das Jahr 1900 beträgt der Anstieg an Lohn über 100 Mark. Dabei haben die amtlichen Biffen nicht den wirklich verdienenden Lohn bei normaler Arbeitszeit an. Auch die Konferenz stellt fest, wie auf verschiedenen Werken die Uebererschichtzeit auf die normale Arbeitszeit übergeführt werden wird. Die Wertscherrerschaft sind bedeutend und kann man sich kaum ein lukrativeres Geschäft denken, als Vergewaltiger zu sein.

Die Unfälle nehmen im sächsischen Bergbau von Jahr zu Jahr zu und noch immer sind die Heilungen unzulänglich. Die Biffer der Krankheitsfälle zeigt gleichfalls den Zusammen unter dem die Vergarbeiter ihr Leben verfallen.

Die Anstalten der Bergwerke sind nicht ausreichend, um auch nur einigermaßen Ruhe zu sammeln zur neuen Schinderei.

Mißstände gibt es nicht und wenn das Volk zugrunde geht.

Und nun erzähl was unsere Kameraden von den Gruben zu erzählen hatten. Zeitigen schon die vom Referenten angeführten Biffen, mohin es kommen muß, wenn es so weiter geht, so geben unsere Praktiker schon ein Bild von den jetzigen Zuständen.

Die Behandlung der Arbeiter ist eine rohe und maßlose. „Faulenzger“, „Schloßköpfe“, „Muschel“, „Gründel“, „Raubhunden“, „Alte Lehmhosen“, „Bummeler“, „Mäffern“, „Rindvieh“ u. dergl. mehr sind die Ausdrücke, die sich die Vergarbeiter von ihren Vorgesetzten finden lassen müssen und das bei steigender Förderungsgriffe. So war es selbstzeitigen im vergangenen Jahre und es ist nicht nur nicht geblieben, sondern noch schlimmer geworden. Die Ankl., Krüster, Ulrich, Neef, Hering, Kold usw. bilden ein Programm. Bei einer Königsfeier, wie wir sie in den letzten Wochen erleben, da suchte man die „braven Snappen“ für einen Judaslohn sich selbst zu schänden. Sie sollten das „glänzende Bergmannsleben“ zeigen. Der König sah Hitter und verlogenen Aufputz, unten aber in der Tiefe schafften man mehr Arbeiter, denen man ein fünfändigen Achtung für ihre lebensgefährliche Arbeit sollt, sondern Sklaven im vollen Sinne des Wortes. Wer sich solchen infamen Verschimpfungen nicht mehr erwehren kann, der kann doch nicht mehr als selbstbewußter freier Arbeiter bezeichnet werden. Mehr Ruhe, mehr Gerechtigkeit, das A und O unserer Wertscherrern und ihrer Trabanten. Auch der gebildete und vernünftige Beamte kann sich diesem Unfandhaber (Wagen) nicht mehr auf die Dauer entziehen. Und die Sicherheit? Auch hier hätte die Regierung und die Bergbehörde die ganze Jämmerlichkeit ihrer sogenannten Inspektionen erfahren können; war sie auf der Konferenz. Wir geben einige wenige Ausnahmen zu, aber die Schilderungen von den meisten Werken zeigen, daß die Wertscherrern auf die ganze Berginspektion pfeifen. „Wer will uns was?“

Das sind keine Gruben, das sind Höllen! Förder- und Wetterstrecken im gefährlichsten Zustand, die Bewetterung eine miserable. Oft ist — und das auf Braunkohlenwerken — nicht so viel Luft vorhanden, daß die Lampen brennen und es müssen Eadölumpen benutzt werden. Viel besser steht es nicht auf manchen Steinkohlenwerken; da gibt es Löcher, in denen die Temperatur 30° und mehr beträgt, aber von der gefehlich festgelegten Arbeitszeit ist keine Rede.

Das Verfahren von Sonntagschichten und Ueberstunden ist an der Tagesordnung. „Wenn ich den Fischer keine Rehtel machen lasse, muß er zu Hause am Fenster nagen!“ Bedarf es noch einer besseren Illustration für die jetzige Lage der sächsischen Vergarbeiter als dieser Ueuerung eines Zwickauer Beamten? Dabei werden diese Ueberstunden oft geradezu jämmerlich bezahlt.

Festgestellt wurde ferner, daß die sanitären Verhältnisse noch sehr im Argen liegen. Reiche Gruben lassen die verletzten Arbeiter im Grunde untertags transportieren, ungeachtet der Schmerzen, die ein solcher Transport verursacht. „Abortweien, Wadenanstalten, Leutestuben Krankenpflege, alles das gab reichlichen Anlaß zur Kritik. Beamte so r b e r t e n zur Ueberretzung der Sicherheitsvorschriften auf, hier und da wurde lachend die könnig. Ueberinspektion hinter's Licht geführt. Strafweisen und Punkteverluste hört nicht auf; dadurch wird der so schon geringe Lohn weiter verkrüzt. Getrennte und Brämiengebilde erhöhen die Gefahr für Leben und Gesundheit und lassen die Arbeiter unter sich nicht einig werden. Und wir sind noch lange nicht am Ende der auf der Konferenz angeführten Mißstände. In sein ausgeklügelter und jantischer Weise wird jedes Mittel zur Anwendung gebracht, um an's Ziel zu gelangen. Hohe Dividenden sind der Gott, vor dem alles zu schwinden hat. Wie sie aus den Arbeitern herausgeschunden werden, darnach wird ja nicht gefragt. Der Arbeiter ist ja

nicht Subjekt, sondern nur Objekt. Ist die Arbeitskraft ausgemergelt, treten andere an seine Stelle.

Wird nicht auf den sächsischen Verban nicht! Oder was soll es heißen, wenn sächsische Amtsberechtigten nach der Konferenz höhnisch berichten:

„Sobald folgte die Verleumdung der sächsischen Delegierten. „Nicht erlich gab es keine Anerkennung, sondern nur Fadel. Die Delegierten aus dem Zwickauer Revier erhoben sich selbstständig und nicht anders zu erwarten war, auch Klagen.“

Das ist nicht Unrechtsgefühl allein. Wie anders mühte es in Sachsen Vergleichen auszuweisen, wenn man auch anderweitig anders über die Klagen der Bergarbeiter zu urteilen lernte. Doch das sind wir gewöhnt.

Wenn nun trotzdem die Delegierten, wie wir noch unten sehen werden, in einer Resolution die Absendung einer Petition an die Regierung und Landstände wünschen, so geschieht das schon weniger, um diese von dem Glanz zu überzeugen — das trauen wir uns in Sachsen schon nicht mehr zu — sondern um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß es so nicht weiter gehen kann. Das Ergebnis der Konferenz ist in der Resolution enthalten und werden die sächsischen Bergarbeiter auch die Mittel finden, um sich der propägen Bedrängern zu erwehren. Die angenommene Resolution lautet:

„Die am 3. September 1905 in Oelschütz i. G. tagende öffentliche Konferenz der Bergarbeiter Sachsens, an der Vertreter sämtlicher Verbandsvereine der Steinkohlenwerke, sowie Vertreter von den Braunkohlen- und Erzgruben teilnahmen, erkennt an, daß die Bergarbeiter in Sachsen einer gründlichen Reform bedarf. Die Zustände im sächsischen Bergbau sind unhaltbar geworden und ein energisches Eingreifen der Regierung für die Bergarbeiter notwendig. Das Zweigbüreau des Bergarbeiter-Verbandes Zwickau wird beauftragt, eine Petition an die sächsische Regierung vorzubereiten, in der die Forderungen der Petition vom Jahre 1901 an die sächsische Regierung wiederholt werden. Ferner ermahnt die Konferenz die sächsische Regierung, eine Bergarbeitergesetzgebung im Bundesrat zu beschleunigen. Sollten auch die sächsische Regierung wie die Landstände die Wünsche der Bergarbeiter unberücksichtigt lassen, so ist eine weitere Konferenz einzuberufen, die in Frage kommenden Forderungen zur Abstellung der Lebensstände auf den Werken, an alle Grubenbesitzervereinigungen Sachsens festzusetzen und an diese abzusprechen hat. Die Konferenz fordert die sächsischen Bergarbeiter, soweit sie dem deutschen Bergarbeiterverbande noch nicht angeschlossen sind, sich diesem anzuschließen. Dem Indifferentismus vieler sächsischer Bergarbeiter ist es mit zu verdanken, daß sich die Bergarbeiterlage von Jahr zu Jahr verschlechtert hat. Darum richtet die Konferenz an die Unorganisierten das dringende Ersuchen, sich ihrem Verbands anzuschließen, um endlich stark und selbstständig zu werden, die Durchführung der Bergarbeiterwünsche zu erringen.“

Wir werden ja sehen, wie's kommt. Will man in der Tat nichts anderes hier bei uns in Sachsen, als die Bergarbeiter in ihrem Unglück zu belassen, dann bleibt nichts mehr übrig, als der Weg zur Selbsthilfe. Wir scheuen uns nicht, dies auszusprechen. Wir wünschen den Kampf nicht, aber der Revertent auf der Konferenz hatte sicher nicht Unrecht, wenn er erklärte: — daß es einmal soweit kommen wird, wie im Jahre 1900, steht für jeden Kenner der sächsischen Verhältnisse fest, oder die Werksbesitzer und mit ihnen die Regierung lenken ein. Wenn nicht, dann mag man sich nicht in den Glauben wiegen, die in Bergbau getriebenen Menschen durch den § 80 des Berggesetzes oder durch einen Belagerungszustand wieder in ihr altes Elend zurückzuführen zu können. Die Organisation wird stärker und die Mittel werden reichlicher. Ein Jahr wie 1900 für die Bergarbeiter werden wir zu vermeiden wissen. Wir werden uns erziehen, was wir wollen.

Anmerkung: Wir geben heute nur einen kurzen Auszug über den in Oelschütz im Ergebnis abgehaltenen sächsischen Bergarbeiterkongress. Es würde überflüssig ein Antrag auszusprechen, die Ergebnisse der Konferenz in einer Broschüre festzusetzen und werden wir dann noch näher auf diese zurückkommen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Organisierte Einigkeit bringt Erfolg, das hat die kurze aber siegreiche Bewegung der 2000 Metallarbeiter bei der Dresdener Firma Seibel & Naumann wieder bewiesen. Die Firma wollte 120 Schleiern Lohnabzüge machen, was diese mit einem Streik beantworteten. Darauf sperrte der Unternehmer alle Arbeiter des Werkes aus, mußte sich aber schon nach wenigen Tagen zu Verhandlungen mit der Arbeiterorganisation bereit finden lassen. Den Schleiern wurde der Lohnabzug zurückgegeben, alle Ausgesperrten kamen an ihre alten Plätze, die herangeholten Streikbrecher können ihr Bündel schnüren. Einigkeit macht stark, Arbeiter beherrscht dies stets!

Eine schlechte Entwicklung erleben die Girsch-Dunder'schen Gewerksvereine. Sie hatten 1904 nur eine Gesamtzunahme von 1874 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Ortsvereine stieg von 2085 auf 2172 und die Zahl der Vereinsmitglieder von 110 215 auf 111 889. Der stärkste Gewerksverein ist der der Maschinenbauer und Metallarbeiter mit 727 Ortsvereinen und 43 627 Mitgliedern. Die meisten Mitglieder gewann der Gewerksverein deutscher Kaufleute, dessen Mitgliederzahl durch die Zunahme von 1208 Gehilfen auf 12 106 stieg. Das Gesamtvermögen der 23 Hauptvereine betrug am Jahresabschluss 3 421 798 Mark, wovon allein auf die Kranken- und Begräbnisstellen 2 023 508 Mark entfielen. Die gesamte Jahreseinnahme bezifferte sich auf 1 060 736 Mark. Die Gesamtausgaben betrugen 888 490 Mk., darunter an Unterstützungen bei Streiks, Aussperrungen und Arbeitslosigkeit 256 620 Mk.

Der Buchdruckerverband ist die finanziell stärkste deutsche Arbeiterorganisation. Im zweiten Quartal 1905 hatte der Verband an Eintrittsgeld, Beiträgen usw. Einnahmen in Höhe von 594 025,19 Mark. Mit dem Saldo-Vortrag vom 31. März in Höhe von 3 894 486,90 Mk. hatte der Verband also eine Gesamtsumme von 4 488 512,09 Mk. An Unterstützungsgeldern aller Art wurden verausgabt im zweiten Quartal 408 789,63 Mk. Für das dritte Quartal wurde ein Saldo von 4 079 722,46 Mark übertragen. Dieses Saldo legt sich zusammen aus 3 924 043,35 Mark in Wertpapieren, deren Verkaufswert 3 381 483,65 Mark beträgt, 88 130,58 Mk. in bar und 67 548,55 Mk. Vorrat in den Gauen.

Internationale Mundschau.

Drohender Streik der steirischen Erzbergleute! Die Arbeiter auf den Erzgräben der großen Alpine Montan-Gesellschaft in dem uralten Ort Eisenerz sind in eine Bewegung zwecks Verbesserung ihrer wahrhaft elenden Löhne getreten. Auf eine Eingabe der Arbeiter antworteten die Unternehmer ausweichend. In einer Massenversammlung am 20. August wurde sodann eine neue Resolution beschlossen, deren Mißachtung durch die Werksbesitzer den Zustand in nächste Nähe rücken würde. — Die Streikbewegung in Oesterreich's Bergbau hat im zweiten Quartal 1905 um sich gegriffen. Nicht weniger als 16 Streiks sind amtlich verzeichnet worden. Der Vorkriegsteil an diesen 16 Streiks hat diesmal der R.-Amtsbezirk Währ.-Ostau aufzuweisen. Nicht weniger als acht Streiks sind dort in diesen 13 Wochen zu verzeichnen gewesen. An den übrigen Streiks sind die R.-Amtsbezirke Elbogen, Leptitz, Brünn, Mies, Stomontau, Strakonitz, Gallenau und Brünn beteiligt. Als Ursachen dieser Streiks sind angegeben: Unzufriedenheit mit den Löhnen bei neun Streiks, Unzufriedenheit mit dem Gebirge bei zwei Streiks, wegen Kündigung von ein resp. drei Arbeitern bei zwei Streiks, wegen tödlicher Verunglückung eines Arbeiters bei zwei Streiks, wegen Streik zweier Arbeiter bei einem Streik. Die Ergebnisse dieser Streiks sind infolge der Mangelhaftigkeit der Statistik sehr schwer zu eruieren. — Nur bei sechs Streiks konnte man einen teilweisen Erfolg herausfinden. Bei sechs Streiks findet man die Pubrit über das Ergebnis mit „Nicht bewilligt“ registriert.

Eine katholische Gewerkschaft nach Art der Wienerer Richtung gibt es im Steirischen Erzbergbau in Holland. Diese Vereinigung nennt sich „Katholisch-katholischer Bergarbeiterverband“ und hat einen Pfarrer zum Vorsitzenden. Sozialdemokraten und Protestanten sind grundsätzlich von der Mitgliedschaft ausgeschlossen, dagegen sollten auf Wunsch des Pfarrers die Grubenbeamten als Ehrenmitglieder aufgenommen werden können (ähnlich wie es bei den Christlichen im Ruhrrevier war). In der Verbesserung der Lage seiner Mitglieder leistet diese katholische Arbeiterorganisation nicht das geringste, dagegen fördert sie den religiösen Fanatismus und den Nationalitätenhaß in unglücklicher Weise. In dieser Organisation werden die katholischen Arbeiter zu einer Unternehmungskategorie mißbraucht.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Roosevelt steht als Sozialpolitiker noch auf dem Standpunkt der Kinderfibel. In einer großen Bergarbeiterversammlung in Wilkesbarre sprach er gegen den Alkoholgenuss und erklärte übereinstimmend mit einem an ihn gerichteten Brief eines Geistlichen:

„Eine entmutigende Begleiterscheinung ist mit der Tendenz der aufsteigenden Löhne bei den Arbeitern dieses Landes verbunden. Je höher die Löhne sind, umso mehr verkaufen die Arbeiter in den Wirtschaften. Je kürzer die Arbeitsstunden sind, umso weniger bleiben die Arbeiter zu Hause.“

Das ist ganz der verkehrte Standpunkt unserer Scharfmacher und Reklamationen. Wenn Roosevelt solche miserablen Bildungszustände unter den Arbeitern kennt, dann soll er von Staatswegen für eine vernünftige Volkshildung sorgen und nicht die Arbeiter beschimpfen.

Alles in Ordnung?

Heber **Vorussia** liegt Grabesruhe. Unsere Anklagen bleiben unbeantwortet. Irrend ein Jemand hat sich in das Gewand „versahrener Vergleute“ verkleidet und quält sich ab, die Enthüllungen der „Bergarbeiterzeitung“ als harnalos und obendrein unrichtig abzumit. Da diese Unbekanntlichkeiten auch noch in motorischen Werksorganen abgetagelt sind, nimmt sie kein Mensch ernst. Die Kunststücke müssen offensichtlich als von der Rechenverwaltung, der Bergbehörde oder der Staatsanwaltschaft ausgehend bezeichnet sein, dann werden wir die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben.

Wie haben eine merkwürdige Justizpflege. Während und wegen des Generalstreiks in Ruhrgebiet sind in einigen Landgerichten besondere „Streikabteilungen“ eingerichtet worden, damit proupt die volle Schwere des Gesetzes den „Belästigten von Arbeitswilligen“ treffe. Die Katastrophe auf **Vorussia** ereignete sich am 10. Juli, heute schreiben wir den 11. September, aber man hört und sieht nichts von einem Eingreifen der rächenden Justitia. **Wie lange sollen wir noch auf Antwort oder Anklage warten?**

Noch liegen die meisten Opfer der Vorussiakatastrophe im Schacht, da ereignet sich schon wieder ein Schachtunglück, glücklicherweise ohne Menschenleben zu vernichten. Diesmal ist es der **alte Schacht** der durch den großen Streik weltbekanntem **Zeche Bruchstraße**, der am 5. September **frischend zusammenstürzte**, gerade als die Kohlenförderung beendet war und die Mannschafsförderung beginnen sollte. Nur einem außerordentlich glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß hier nicht auch wieder zahlreiche Vergleute ums Leben kamen.

Wie war dieser Zusammensturz möglich? Laut Bericht sollen doch die Hützegehren durchschnittlich alle drei Tage eine amtliche Revision erfahren. **Ist der Bergbehörde bei ihren Befahrungen im Schacht keine Unordnung aufgefallen, oder fand sie stets alles in Ordnung?** Die Streit-Untersuchungskommission fand bekanntlich auch „alles in Ordnung“, die Existenz von erheblichen Missetänden wurde bestritten. Wie sah denn der nun zusammengefallene Schacht eigentlich aus?

Selbstredend ist für uns das Besondere verschlossen; zumal wenn ein Unglück passiert ist, darf kein „Unberufenen“ den Rechenplatz betreten. Deshalb ist uns die persönliche Nachprüfung der uns gewordenen Mitteilungen schlechterdings unmöglich gemacht. Wir müssen darum der **Bergbehörde** und eventl. der **Staatsanwaltschaft** überlassen, die nachstehenden Angaben, von Vergleuten uns übermittelt, auf ihre Richtigkeit zu prüfen.

Der zusammengefallene Schacht stand in **Holzjimmierung**. **Er soll schon seit Jahren baufällig gewesen sein.** Schon im vorigen Jahre soll der Betriebsführer Pape der Direktion erklärt haben, der Schacht dürfe nicht mehr zur Förderung benutzt werden, **denn er könne jeden Tag zusammenstürzen.** Daraufhin habe im Auftrage des Besitzers **Stinnes** eine außerordentliche Schachtuntersuchung stattgefunden mit dem Ergebnis: der Schacht wurde weiter benutzt. Betriebsführer Pape soll deswegen seine Stellung aufgegeben haben; an seinen Platz kam der Herr **Knepper**, dessen Schneidigkeit nicht wenig zu dem Ausbruch des Streiks beigetragen hat. — In den letzten Monaten sollen häufig **Karambolagen in dem Schacht vorgekommen sein.** Spurlatten, Einstriche oder Teile davon soll der Förderkorb mit herausgerissen haben. Die Bergbehörde soll darauf angeordnet haben, daß stets vor der Mannschafsförderung der Schacht von Beamten untersucht würde. Ist das richtig und ist untersucht worden, so können sich die Arbeiter nicht erklären, warum die Förderung nicht längst eingestellt wurde, um die dringenden Reparaturen vorzunehmen. **Es sollen nämlich zwischen der dritten und vierten Sohle — wo nun der Zusammensturz erfolgt ist — seit zirka 14 Tagen vier Einstriche** (Wohlen zur Schachtbefestigung) **zerbrochen gewesen sein!** Als am Sonntag den 3. September der Versuch gemacht wurde, neue Wohlen einzubauen, soll dies aufgegeben worden sein, weil die Gefahr für die Arbeiter zu groß war. **Am Montag und Dienstag ist aber trotzdem wieder gefördert worden!** Hat die Bergbehörde von alledem nichts gemerkt oder sind wir falsch berichtet? Ist es wahr, daß noch mehr solcher „Muster“-Schächte im Ruhrgebiet im Betrieb sind? Oder ist überall alles in Ordnung? Stürzte der Schacht Bruchstraße nur ein paar Minuten später ein, so waren **16—20 Menschen getötet**, jensechdem der Förderkorb befestigt war.

Die Schachtunglücke häufen sich jetzt derart, daß die **Bergbehörde** schon so gütig sein muß, der Öffentlichkeit einmal klipp und klar die Ursachen dieser Katastrophen darzulegen. **Also wie steht's mit Vorussia, wie lagen die Schachtverhältnisse auf Bruchstraße?**

Witzstände auf den Gruben. Ruhrrevier.

Zeche Deutscher Kaiser. (Verichtigung.) In unserer vorigen Nummer heißt es: „Im vorigen Jahre wurden ja bekanntlich auf den Deutschen Kaiser-Schächten für 400 Mark Kohlen gemalt.“ Da hat der Druckfehlerlesen uns eine Null gestrichen. Es muß heißen 49 000 Mk.

Zeche Holland, Schacht III und IV. „Was der Steiger befiehlt, das müssen Sie befolgen.“ Wie wenig Rücksicht die Beamten heute auf die Gesundheit der Arbeiter nehmen, erfährt kürzlich ein Pauer hierjenseit. Er war im Revier 8 beim Steiger Otto im Hölz Hermann als Pauer beschäftigt, wo es sehr heiß ist und als er bereits die halbe Schicht vor Ort herum hatte, durch und durch geschwitzt war, kam Steiger Otto und befiehlt ihm, im Querschlag zu schleppen. Der Pauer macht den Steiger darauf aufmerksam, daß er durchnaß geschwitzt sei, zeigte ihm seine Kleider und wies darauf hin,

daß er sich in dem kalten Luftzug im Querschlag sehr und sogar mehr schweißig erkalte und eine Krankheit zuziehen würde. Der Steiger nahm keine Rücksicht darauf, nannte den Arbeiter vielmehr einen „Hannemann“ und drohte ihm mit 250 Mark zu bestrafen und am nächsten 15. sogar zu kündigen. Wegen diese Behauptung beschwerte sich der Mann beim Oberrevier, erhielt jedoch zur Antwort: „Was der Steiger Ihnen befiehlt, müssen Sie tun.“ Demnach haben wir es mit glücklicher bis zum militärischen Kadavergehorsam gebracht. Wie lange noch werden die Stumpeln sich solche Behandlung bieten lassen?

Zeche Hugo. Die vier Schächte stehen in Punkte Böhne, Wagenmüllern und Straußen schließlich mit einer Stelle aller „Mündergruben“ des Ruhrbezirks. Hauerlöhne von vier Mark und darunter werden verdient und dabei wird durchaus keine Rücksicht genommen, auch diese horrenden Löhne noch durch Nullen oder Strafen zu kürzen. Wohlwollend ist ein hübsches Hebel, worunter die Belegschaft leidet und alle Klagen der Arbeiter veranlassen die Kammer nicht, hier endlich Remedur zu schaffen. Auch in der Waschküche herrscht Unordnung und Mühs ist es sehr vorzunehmen, daß während dem Waschen oder auch sonst den Kameraden Gegenstände gestohlen wurden. Wir hatten es doch für Pflicht der Verwaltung, den stauenwärter anzuweisen, wenigstens während der Zeit wo sich die Belegschaft wäscht und umkleidet, in der Waschküche zu bleiben. Auf Schacht II wird eine neue Koker gebaut, wobei meistens nur Arbeiter beschäftigt werden, während genügend heilige Arbeiter erwerbslos herumlaufen. Doch die „Beschäftigten unserer nationalen Arbeit“ stellen mit Vorliebe ausländische Arbeiter ein, wenn dadurch ihr Profit vermehrt wird.

Zeche König Ludwig. Die Verwaltung hat, wie uns mitgeteilt wird, überreichliche Vergleute, die hier arbeiten, nach ihrer Heimat geschickt, um dort Arbeiter anzuwerben. Daß dieses aus Keuten geschieden soll, müssen wir einschließen bestreiten, denn hier kommen alle Tage Leute, die nicht eingestellt werden. Man beschäftigt wohl, aus zugehörigen Besonderen Kohlenherauszugeben, um die so schon erbärmlichen Löhne noch mehr herabzudrücken. Wir möchten die überreichlichen Kameraden ersuchen, schleunigst nach ihrer Heimat die wahren Zustände, wie sie auf der Zeche bestehen, zu berichten und ihre Landesleute vor der Auswanderung nach hier zu warnen. Wollen sie nicht ins Elend rennen, so sollen sie in ihrer Heimat bleiben.

Zeche Königsborn, Schacht II. Eine gar merkwürdige Methode wandte der Steiger **Vrunn** gegen die Schlepper an, um sie anzuziehen, daß sie zum Anfallen schufen. Er bestimmte einfach, sonndsviel Wagen müßt ihr ausruhen, andernfalls bekommt ihr eine Viertelacht geschickt, und das sind nicht etwa leere Drohungen. Nieren man die Schlepper die bestimmte Wagenzahl nicht, erhalten sie tatsächlich auch eine Viertelacht abgezogen. Nach unserer Auffassung ist eine solche Handlungsweise einfach ungeheuerlich, denn was hindert den Mann, einfach so viele Wagen zu fordern, daß er schon im Voraus weiß, daß es einfach unmöglich ist, sie zu liefern, und er kann somit den Leuten eine Viertelacht streichen. Dabei stehen die Löhne speziell in diesem Revier sehr niedrig, Hauerlöhne von 4,00—4,50 Mark sind durchaus nicht selten und die Schlepperlöhne sind derart, daß man damit schon seine großen Sprünge machen kann, ohne daß noch Viertelachtlöhne abgezogen werden. Dami fehlt es in diesem Revier sehr oft an Holz und mußte sogar am 24. August der Förderaufseher in ein anderes Revier laufen, um Holz zum Verbauen zu holen. Dami sind wir der Meinung, daß ein Reviersteiger die Pflicht hat, sein Revier täglich zu befragen, oder sollten wir damit im Arctum sein? Unserm Steiger bekommt man über die ganze Schicht nicht zu sehen, und so ist es sehr erklärlich, daß es an manchem mangelt. Wir erwarten Besserung.

Zeche Königsborn, Schächte III und IV. Eine am 6. August im Lokale des Herrn **Partmann** in Altenbügge abgehaltene öffentliche Bergarbeiterversammlung erweckte nach außen hin den Aufsehen, als existierten auf obigem Blüt keine Missetände. Daß in der Versammlung keine Kritik über die bestehenden Missetände geübt wurde, war um die Furcht vor Maßregelung. Der Segen des neuen Bergarbeitergesetzes macht sich hier für die Arbeiter recht merklich fühlbar. Hat man noch vor wenigen Wochen täglich 70—80 Wagen gemalt, so sieht man jetzt, wo das Müllen nachgelassen hat, täglich bis 50 Pauer resp. 20 Pauer mit 0,50 Mark bestraft. Am 29. August waren 53 und am 30. August 51 Arbeiter wegen Ladens unreiner Kohlen bestraft, das sind 18 Prozent der Gesamtbelegschaft unter Tage. Sehr human ist die Behandlung der Arbeiter auch. **Wer keine Doppelschicht verrichtet, wird an anderer Stelle geschädigt.** Daher auch, wer sich vor Schäden hüten will, macht, Ueberlichkeiten. Einige Strecken stehen nicht unter der Kontrolle, auch Sauberkeit nicht, denn die Arbeiter müssen bis über die Knöchel durch Wasser und Schlamm. Die Gebirge werden heruntergeregelt und so steht man dem an Lohnlagen recht betrübliche Gesicht. Wurden doch schon Löhne für Pauer von 3,20 Mark, 3,40 Mark und 3,34 Mark pro Schicht ausgegahlt. Wer aber trägt die Mißschuld an diesen elenden Verhältnissen? Ihr selbst, Kameraden! Weidert die Ueberlichkeiten, dann kommt es auch nicht vor, daß sich Kameraden an Lohnlagen erkrän mit ihrem Steiger herumwalgen brauchen, wenn sie in 34 Schichten nur 110 Mark verdient haben. Eine Organisation kann nur bessere Verhältnisse erringen, wenn ihre Mitglieder treu zu den Führern halten. Darum agitiere jeder eifrig für den Verband und somit für eine bessere Lebenslage.

Zeche Neus-Ferlton, Schacht I. Im Revier 4, Hölz Robert, vor der Strebe 4 (Osten) ist ein Handhassel schon seit einigen Monaten in Betrieb, der nicht den bergpolizeilichen Vorschriften entspricht. § 38 der Bergpolizeiverordnung lautet: „Handhassel müssen mit einer zuverlässigen Bremse und Sperklinke versehen sein. Wird ein Handhassel abwechselnd in verschiedener Richtung zum Heben der Last benutzt, so muß für beide Drehungsrichtungen ein Sperr-Rad mit Sperklinke vorhanden sein.“ Der Handhassel sieht aber ganz anders aus, denn beide Sperr-Räder und Sperklinke sind nach einer Drehungsrichtung, so daß einmal beide, das andere mal keine Sperklinke sagt. An eine Bremse ist überhaupt nicht zu denken. Da der Handhassel schon seit Monaten im Betrieb ist, müssen wir annehmen, daß der Betriebspunkt vom Oberbergamt lange nicht mehr inspiziert worden ist. Oder budet das Oberbergamt solche Missetände? Dem Steiger **Güntzer** aber, der das Revier leitet und gar nicht weiß oder wissen will, warum die Arbeiter Arbeiterkontrollen verlangen, können wir verraten, daß solche Missetände nicht monatlang vorhanden wären, wenn Arbeiterkontrollen die Gruben inspizierten. Letztere würden die Steiger hilfslich die Verordnungen kennen lernen und Remedur schaffen. Jedenfalls kennt Steiger **Güntzer** den § 38 der Bergpolizeiverordnung nicht, oder er preißt darauf.

Zeche Nordstern. Feierschichten und Ueberlichkeiten gibt es hier in reizvoller Abwechslung. Vorigen Monat mußte die Belegschaft zweieinviertel Schichten feiern, und auch diesen Monat mußte die Morgenarbeit um ein Uhr ausfahren, was dann als Dreiviertel angerechnet wird. Dabei werden andere noch zum Ueberlichkeitenmachen gehalten. Bei der Einfahrt hält es der Verwaltung sehr genau, aber keineswegs bei der Ausfahrt. Wer nicht zehn Minuten vor sechs Uhr auf der Pängeband am Schacht „selbstmündig“, klar zum Gesicht“ angetreten ist, wird wieder nach Hause geschickt, während aber niemand eine Entschädigung erhält, wenn er mal eine Viertelstunde oder mehr länger unten bleiben muß. Den Steiger **Dick** ersuchen wir, auf der letzten Sohle im Hölz 18 besser für rechtzeitige Entleerung der Ueberlichkeiten zu sorgen. Wo sollen die Leute ihre Notdurft denn verrichten, wenn der Müll über 14 Tage überfüllt stehen bleibt und, falls er mal früher herausgefördert wird, wieder oben mehrere Tage stehen bleibt, ehe er zurückkommt. Der Herr hält den Stumpels strenge Vorlesungen darüber, daß sie ihre Notdurft nicht im Damme verrichten dürfen, aber dann soll er sich auch etwas mehr um die Müll klümmern.

Zeche Proder, Schacht II. Wer glaubte, daß die furchtbare Katastrophe auf Vorussia für die anderen Zechen ein gewisses Memento geworden sei, der täuscht sich gewaltig. Nicht nur, daß „e Petroleumlampen nach wie vor weiter gebraucht werden, ohne Aufsicht zu treffen, sie durch elektrisches Licht zu ersetzen, findet man sie obendrein noch in miserablen Zustände an. Hier hängt z. B. auf der zweiten Sohle, zweite Etage am Schacht, gleich am Querschlag ein Hochgebäude einer Laterne ohne Glascheiben. Im Querschlag selbst sieht es noch toller aus. Hier fehlen nicht nur die Glascheiben, sondern sogar auch die Gylinder. Dabei liegt in unmittelbarer Nähe einer in solchem Zustände sich befindlichen Lampe stets ein Haufen Grubenholz. Wenn auch die Feuersgefahr eine nicht allzu große ist, so sollte man demnach erwarten, daß die Lampen in einem einigermaßen brauchbaren d. h. feuerfesten Zustand gehalten würden. Die Bergbehörde scheint nach der Vorussiakatastrophe hier noch nicht wieder eingeschritten zu sein, denn sonst müßte sie doch darauf gedrungen haben, daß hier schon Klenerung geschaffen worden wäre oder hätte sie solche Zustände hier mit ihren eigenen Vorschriften vereinbart? Geht man den Querschlag hindurch, sollte man glauben, nach den zerfallenen Lampen zu urteilen, befände man sich in einer Straße von Warschau am Morgen nach einem Strafentwurf.

Auf solche „Aleinigkeiten“ scheint unsere Bergbehörde gar nicht zu achten. Weiter wurden lebhaft Klagen darüber geführt, daß die Vorkübel nicht rechtzeitig geleert würden. Die Vergleute sind demnach gezwungen, außer der Rastzeit auch noch ein Nachgeschicht auf den Rücken zu hängen, wenn sie zur Schicht walzen. Auch hier könnte die Bergbehörde etwas Ordnung schaffen. Welche „Kübelhöhe“ hier verdient werden, folgen uns die Vorkübel einer Kameradschaft aus dem Högberg, die im Juni auf 25 Schichten 94,51 Mark, im Juli auf 24 1/2 Schichten 52,50 Mark verdient hatten. In den beiden Monaten ist dem Einzelnen 94,12 Mark an Gehälte abgehallen worden. So daß noch ein kleiner Verdienst für zwei Monate, also 40%, Arbeitslohn, von 150,08 Mark verbleibt, das ist monatlich 75,04 Mark und davon soll nun eine Familie leben. Das ist bei den Teuerungszuständen absolut unmöglich. Trogallem schlafen noch die meisten der Vorkübel Rumpel und Müll aller Kameraden ist, diese aufzuspeichern, damit sie sich dem Verbaude anschließen, erst dann wird es schon anders.

Reise Schlägel und Eisen. Unsere Verwaltung scheint zur Lösung der sozialen Frage nun den großröhrigen Knoten gelöst zu haben. Sie will, wie es heißt, eine — Kochschule errichten, in der die Bergmannsfrauen und Töchter das Kochen lernen sollen. Jedenfalls wird hier nach dem bekannten Kochrezept des Professors Hölzer gelehrt, wonach für 13 Pfg. ein „schmackhaftes und kräftiges Mittagsessen“ herzustellen wird. Warum schickt man unsere Frauen und Töchter nicht zur Erlernung der Kochkunst nach dem Kaiserhof und Berlin oder Wotol du Wot nach Wien, jedenfalls würden sie dort gelübtlicher in der Kochkunst unterrichtet werden und könnten wenigstens den Vergleuten erzählen, wie ihre „Vorkübel“ leben. Wir machen der Verwaltung den Vorwurf, den Vergleuten so hohen Lohn zu zahlen, daß unsere Frauen jeden Tag ein Stück Mühlfleisch kaufen können, das werden sie schon ohne Kochschule recht genießbar zubereiten. In der Kochschule müge man dafür die Frauen der Grubenbarone, Kommerzienräte, Direktoren und die Pfarrersköpfe darüber unterrichten, wie heute die Vergleute leben müssen und ihnen sagen, sie sollten ihre „Kochbücher“ auch an solche Leute gewöhnen, den Ueberfluß aber an die Armen abgeben. Wir verzichten auf diese „pästerliche Fürsorge“. Gebt unsere Frauen die Materialien und sie werden kochen wie eine fische Pfarrersköchin.

Reise Zöllern, Schacht II. Am 15. August wurde den letzten beiden Delegationsmitgliedern die während des Streiks in Delegationsversammlungen Mißstände kritisierten, die Arbeit gelübtigt. Da ein bestimmtes Versprechen seitens des Herrn Direktors abgegeben wurde, kein Delegationsmitglied wegen des Streiks zu maßregeln noch zu bestrafen, wurden diese Mitglieder auch wieder eingestellt. Man dachte vielleicht, später einen Grund zur Entlassung zu finden. Vier solcher Sünder waren auf der Reise in drei verschiedenen Revieren beschäftigt. Man suchte sie zusammen und gab ihnen Beschäftigung bei einem Steiger P. K. F. er, der sich keiner großen Verleumdung unter der Weigerung wie auch bei seinen Kollegen erriet. Trett bei der Aufnahme der Arbeit wurde das Wort des Herrn Direktors mißachtet durch Anpöhlereien des Gehilges. Steiger P. K. F. sagte: „Im Auftrag des Betriebsführers gibst du pro Meter fünf Mark und wenn ihr das nicht annehmen wollt, werdet ihr gefeuert.“ Eine plötzliche Gehaltsänderung verleitete den Mann. Jetzt versuchte man durch Schikanierungen den verfehlten Mann auszuführen. Am 30. April wurde dann auch endlich einer der vier Sünder entlassen. Den übrigen drei suchte man die Arbeit zu beanstanden, trotzdem dieselbe drei Monate lang von fünf Beamten (darunter dem Betriebsführer) für gut befunden worden war. Der Veranstandung widersprachen die Arbeiter und man nahm schließlich von der Kündigung Abstand. Möglich wurde der Ortswechsel krank. Die Krankheit wurde vom Betriebsführer im Gegensatz zum Arzte als Simulation bezeichnet und der Mann am 31. Juli entlassen. Am 2. August erhielten die beiden noch übrig gebliebenen Kameraden andere Beschäftigung. Das Bedingte wurde ihnen vom Betriebsführer aufgetrieben, ohne daß sie die Arbeit gesehen, noch sonst eine Meinung hatten. Der Steiger P. K. F. erklärte nun die Leute für Faulenzer, weil sie bei dem ihnen aufgetriebenen Bedingte nichts verdienen konnten. Zur Illustration dieser Handlungsweise sei hier berichtet, daß die betr. Arbeiter im Monat Mai 6,72 Mk. und im Juni 5,00 Mk. pro Schicht verdienten. Mißstände sind „nicht“ vorhanden. Besonders „glänzend“ sieht es im Revier des Steigers P. K. F. aus. Ein großer Teil der Strecken ist reparaturbedürftig. Anordnungen des Betriebsführers werden nicht befolgt, die Arbeiter müssen berartige Reparaturen auf eigene Kosten nehmen. Fahrüberbaue sind meist in schlechtem Zustande oder gar nicht vorhanden und müssen statt dessen oft Bremsberge benötigt werden. Auch Schlagschlag werden vom Steiger P. K. F. nicht genügend beachtet. Am 14. August hatten sich in einem Betriebspunkt auf der 180 Meter-Sohle, Hög 16, circa 5 Kubikmeter Schlagwetter angesammelt. Wie leicht konnte eine Explosion erfolgen, wenn z. B. ein Pferdeträger oder Schlepper hier hineingelaufen wäre. Und wer war dann der Schuldige? Schichtverlängerung wird nach allen Regeln der Kunst betrieben. So prangte am 14. August folgende Bekanntmachung am Brett: „Die Kontrollmarfenausgabe findet für die unterirdisch beschäftigten Arbeiter der Morgen- schicht bis 20 Minuten vor 8 Uhr statt.“ Dabei dauert die Schicht bis des Morgens bis 8 Uhr und darf nach dem neuen Bedingte vor 5 1/2 Uhr nicht beginnen. Aber auch Feierlichkeiten sind an der Tagesordnung. Im Laufe vorigen Monats sind deren drei eingelegt worden. Die Vergleute wünscht zu erfahren, warum all diese Feierlichkeiten eingelegt werden, denn wegen Mangel an Wsag wird es wohl nicht sein, weil gleichzeitig noch eine Unmenge Ueberfrachten verfahren werden. In, so gar an demselben Tage, wo Feierlichkeiten eingelegt sind, muß ein großer Teil der Vergleute arbeiten. Mit der besagten Bekanntmachung „morgen muß gefeiert werden“, gibt die Verwaltung sich nicht zufrieden. Will doch der Herr Betriebsführer, wenn ein Delegationsmitglied Bedürfnis hat, zu feiern, auch den Grund wissen. Daß die Behandlung der Arbeiter auf dieser Musterzucht nicht die raffigste ist, charakterisiert in vollem Maße, daß am Schlus vorigen Monats circa 50 Mann die Ueberfrachten nahmen. Jetzt wird über Massenabfuhr launet, die Bedingte werden aufgebessert, um weiteren Kündigungen vorzubeugen. Das hilft nichts, die Arbeiter sind es satt und wollen sich nicht mehr narzen lassen.

Reise Zöllverein I und II. Recht lustig geht es im Revier des Steigers Lagermann zu. Wenn der Herr des Morgens die Arbeiten befehlet, viele befehlet er ja nicht, schmeißt er mit Lebensarten um sich, die als die größten Gotteslästerungen aufgefacht werden können. Ein Arbeiter dürfte sich derartiges nicht erlauben. So schreibt er den Arbeitern zu: „Ich schwöre euch bei dem heiligen . . . ihr bekommt keinen Pfennig dazu! Papst und Bischof helfen euch nicht, wenn ich euch nicht helfe.“ Aber er hilft erst recht nicht. Die schauerhafte Wsne werden gerade in seinem Revier verdient. „Ich habe zu befehlen, da kann kommen wer will, und wenn der Direktor kommt. Das Bedingte, welches ich sehe, ist gültig, mag kommen wer will, und wenn der Doktor selbst ist,“ ruft er aus. „Ich, der große General, habe allein zu bestimmen. Der Mann kennt nicht einmal die Arbeitsordnung, denn nach dieser hat nur der Betriebsführer das Recht, das Bedingte festzusetzen, und wir sind auch der Meinung, daß der Betriebsführer dem Steiger seine selbstherrlichen Anordnungen fortigieren könnte und der „große General“ würde dagegen gar nichts machen. Bei der geringsten Widerrede, die sich ein Arbeiter erlaubt, trütert er diesen mit „Faulenzer“, „Vanditen“ etc., und wenn man sich solche Ausdrücke verbietet, will er das nicht so böse gemeint haben. Wir wollen mal sehen, wenn ein Arbeiter die Beamten für Vanditen auschimpfte, was dem passieren würde. Aber die Herren nehmen sich den Arbeitern gegenüber die Schimpfzeitel heraus. Er hat für die Arbeiter das eine gute an sich, daß er sie nicht allzu oft bestrift. Vielleicht wäre es doch besser, er bestrife die Arbeiter öfter und würde in einem anderen Sinne zu den Arbeitern sprechen. Die Wsne sind einfach unausführlich, aber hat sich der Herr beim Bedingemachen einmal verfallen und der Kumpel schlägt in dem Monat mal einen ordentlichen Lohn heraus, dann hält es schwer, ihn auch ausgezahlt zu erhalten, da muß er hinter vom Pontius zu Pilatus laufen. So hat vorigen Monat eine Kameradschaft von sechs Arbeitern pro Schicht 6,12 Mark verdient, bekam in Wirklichkeit aber nur 5,50 Mark pro Schicht ausgezahlt. Als die Kameradschaft nun beim Betriebsführer betrefis Auszahlung ihres verdienten Lohnrestes von 72 Mark vorstellig wurde, fragte sie der Betriebsführer, ob sie mit den erhaltenen 5,50 Mark einverstanden wären, oder ob sie absolut die 72 Mark nachgezahlt erhalten wollten. Wer darauf bestände, wurde gekündigt oder mußte sich kündigung. Einer aus der Kameradschaft verlangte sein verdienten Geld. Der Betriebsführer stellte die Frage zum zweitenmale und betonte mit Nachdruck, daß derjenige, welcher das Geld nachherlangt, gekündigt würde. Darauf entgegnete dann das Ausschuß-Mitglied des „christlichen“ Gewerkevereins Müller, er hätte das Geld nicht verlangt, deshalb könne er auch nichts beantragen. Zwei Verbandskameraden bestanden jedoch auf Auszahlung des noch rückständigen Lohnes. Darauf erhielt die Kameradschaft ihr Geld ausbezahlt und auch das brave Ausschußmitglied des Gewerkevereins steckte schmunzelnd seine Groschen ein, aber

unsere Kameraden waren fertig; wie ihnen der Betriebsführer vorher gesagt hatte, erfolgte darauf ihre Kündigung. Man sieht also, wie schwierig es oftmals ist, zu seinem Recht zu kommen; müßten doch zwei Kameraden es in diesem Falle mit ihrer Seele und ihrem Brot erkaufen. Was sagt der Direktor dazu? Es mag ja sein, daß über 5,50 Mark nicht ausgezahlt werden soll, aber dann müßte man auch eine Mindestgrenze schaffen, unter die nicht gegangen werden darf. Der Geldemulder „Christlichen“ hat sich auch hier wieder einmal in seiner ganzen Größe gezeigt.

Reise Mißstände. Auf der letzten Sohle wird ein Verfecht abgetreut. Bei dieser Arbeit schweben die dort beschäftigten Leute in ständiger Lebensgefahr. Da die Seiltrammel des Kusthopsels zu klein ist, läuft das Seil immer auf einem Knusen. Das dadurch eine große Gefahr für die Leute entsteht, versteht sich von selbst. So ist der Mißbel am 20. Juni und am 21. August in die Tiefe gestürzt. Auf haarebreite wären die unten Beschäftigten getroffen und erschlagen worden. Einmal ist der die Aufsicht führende Steiger Drüst dabei gewesen, als das Seil riß. Trotzdem der Betriebsführer von den unbillbaren Zuständen in Kenntnis gesetzt ist, wird nichts geändert. Der Betriebsführer soll sogar gesagt haben, das Seil dünne ja nicht rissen, da ein neues aufgelegt sei. Die betreffenden Kameraden wendeten sich daher an die Bergbehörde und erwarten, daß diese einschreitet, ehe die in der Tiefe Beschäftigten durch einen niederstürzenden Mißbel zerschmettert werden.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Königin Luise-Grube. (Boremba.) Wieder ist die Grube gerettet. Am 17. August kündigte der Obersteiger W. B. in dem Kameraden S. W. O. z. Dieser begab sich zum Berginspektor und fragte, weshalb ihm gekündigt worden sei. Da zog der Herr eine Protokollmappe aus seinem Schreibtisch und las daraus verschiedenes gegen ihn vor. Er sollte Agitation unter seinen Mitarbeitern für den Vorkübelverband betrieben haben; er selbst ist Mitglied des Verbandes und sollte auch Tabakpfeifen befozt haben mit den Wsnissen der Sozialdemokratischen Abgeordneten. „Solche Arbeiter können wir nicht gebrauchen.“ sagte der noble Herr. Ein Nachwort und das große Bergwerk ist gerettet. Die bösen Verbündler sind weg. In Wirklichkeit tauscht sich der Herr gewaltig, denn auf Königin Luise-Grube arbeiten die meisten organisierten Arbeiter von Högze. Ein Teil ist ratholischer Richtung und ein anderer sind Alkoholiker. Die letzteren sind die besten Arbeiter, sie betreiben keine Politik, weil sie diese nicht verstehen; auch kennen sie keine Verpöhlungsverordnungen und lassen sich alles gefallen. Solche Bergarbeiter kann man mit den Galzieren vergleichen, die uns Deutschen von dem Zentrumabgeordneten G. Schmidt als Vorbild hingestellt wurden. In Deutschland kann jeder Mensch friedlich leben, aber Politik darf er nicht treiben. Das Koalitionsrecht besitzt jeder nach dem Gesetze, aber Mitglied eines Verbandes darf er nicht werden. Das paßt nicht für die Kapitalisten, sie schmeißen solche „Unsturzbrüder“ sofort voris Tor, wo sie liegen können: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Kameraden, wie lange werden wir noch so „itanisiert“? Dies dauert so lange, bis wir alle wie ein Mann organisiert sind. Der ober-schlesische Berg- und Hüttenmännische Verein hat schon manchen Kriegssplan gegen uns erfinden und ist immer im Begriff, unsere Rechte zu rauben. Die Königin Luise-Grube marschiert an der Spitze dieses Vereins, woraus wir ersehen, daß die Staatswerke mit den privaten betrefis Anbelang der Arbeiterrechte übereinstimmen. Wir müssen uns wehren, das ist unsere heiligste Pflicht. Wie können wir es zulassen, daß unsere Kameraden gemahregt werden? Wir müssen uns durch eine starke Organisation eine Weisemacht verschaffen, mit der es die Kapitalisten nicht wagen, den Kampf zu führen, darum, Kameraden, alle in den Verband! Wieder mit der Kapitalistenmacht!

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Recht. Zu der am nächsten Sonntag stattfindenden Zahlstellenversammlung eruchen wir die Mitglieder, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen, zwecks Kontrolle. Besonders ist das erforderlich von den aus dem nordböhrlichen Revier frisch zugewandten. Mögen die Kameraden von Deutscher Kaiser dieses den neuen Kameraden, die noch vielfach keine Zeitung erhalten, weil sie sich nicht beim Vertrauensmann angemeldet haben, mitteilen, damit wir sie kennen lernen und unsere Bücher in Ordnung bekommen.

Witfe. Unsere recht „christlichen“ Wegner kolportieren das Gerücht, wir hätten der Witwe W. u. z. das Sterbegeld nicht ausgezahlt. Demgegenüber stellen wir fest, daß die 60 Mark Sterbegeld schon am 22. August an die Frau W. u. z. ausgezahlt worden sind. Die Ursache spielt bei uns keine Rolle und wird nach Vorlegung einer amtlichen Urkunde über den Tod des Mitgliedes das Sterbegeld anstandslos ausgezahlt.

Gelsenkirchen II. Ueckendorf. Unsere Zahlstelle hat durch den Heimgang des Kameraden Anton Heibert einen braven, thätigen Mitstreiter verloren, der stets ein Muster der Opfermüßigkeit für unsere Sache gewesen ist. Keine Stunde und keinen Weg scheute er, wenn es galt, für die Verbreitung unserer Ideen zu sorgen und allen Anfeindungen, ihn zum Unfall zu bringen, widerstand er standhaft. Er wird bei allen Bekannten und Freunden in ephendem Andenken bleiben. — Unsere letzte Zahlstellenversammlung war so schlecht besucht, daß wir es bedauern müssen, daß die Mitglieder so wenig Interesse zeigen. Stehen wir doch vor sehr wichtigen Wahlen, daß es nun doch mal an der Zeit ist, in der Bewegung und der Agitation mit Hand anzulegen, damit die Zahlstelle wieder in Blüte kommt, wie zur Streikzeit. Das kann aber nur erreicht werden durch regen Besuch der Versammlungen und sonstiger Betätigungen an den Verbandsarbeiten.

Grumme. Unser bisheriger Vereinswirt Ewald G. O. k. hat uns vergangene Woche sein Lokal aufgelündigt und zwar mit der Begründung, daß er den Druck von außen nicht mehr aushalten könnte. Im selben Lokale tagte auch der katholische Kirchenchor Ecclia und nachdem eine Paralleltagung stattgefunden hatte, schrieb der Pfarrer an den Wirt einen Brief, daß er es beim 1. Gott nicht verantworten könne, mitgeholfen zu haben, die — Sozialdemokratie großziehen; er wollte, falls der Wirt uns weiter sein Lokal zur Verfügung stelle, ausziehen. Das hat anscheinend gehöhrig gezogen und wir wurden auf die Straße gesetzt. Der Mann hat während dem Streik riesiges Geld an uns verdient und noch vor drei Wochen feierten wir dort ein Zahlstellenfest, bei dem er ebenfalls sein Geschäftchen machte. Was dahin hat er nicht an uns gemerkt, daß unser Geld minderwertig sei. Unsere zukünftigen Versammlungen finden wieder im früheren Lokale wie sonst statt. Wir erwarten, daß unsere Kameraden G. O. k. den Ecclienverein überlassen — und kein Glas Bier mehr dort trinken.

Harzopf. In der Zahlstellen-Versammlung hat der bisherige zweite Vertrauensmann Kamerad E. Sch. sein Amt niedergelegt und wurde an dessen Stelle der Kamerad Wilhelm Kruse und als Vize Wilhelm Hausen gewählt; das Geld für Marken ist nur an diesen abzugeben. Als zweiter Revisor wurde Heinrich Buschmann an Kruses Stelle gewählt. Diesen Monat findet noch Bürgerrevision statt; alle Kameraden müssen dieselben den Revisoren vorzeigen, damit diese prüfen können, ob sie in Ordnung sind. Dann fordern wir die Kameraden auf, die Zahlstellen-Versammlungen besser zu besuchen als bisher.

Harzopf. Am 3. September fand hier eine, der Mitgliederzahl entsprechend, nur mäßig besuchte Zahlstellenversammlung statt. Kamerad W. A. D. h. e. r sprach über das Berggesetz. Er führte den Anwesenden treffend vor Augen, wo diejenigen zu suchen sind, die dieses Schundgesetz geschaffen haben und geißelte in scharfen Worten das Verhalten der Zentrumspartei. Mehrere Redner erklärten sich mit den Ausführungen des Redners einverstanden. Der Vertrauensmann brachte das Sikkular des Vorstandes zur Verfügung und forderte die Mitglieder auf, genau danach zu handeln; Kamerad W. O. z. i. o. z. l. y. ermahnte die Kameraden, das Ueberfrachten machen zu unterlassen, wenn sie sich ihrer Familie erhalten wollten. Im Laufe dieses Monats findet eine Revision der Mitgliedsbücher statt. Daher werden die Kameraden aufgefordert, ihr Buch in Ordnung zu machen und wo der Mann nicht zu Hause ist, der Frau Bescheid zu sagen, damit die Revisoren leichte Arbeit haben und zum 1. Oktober glatt abgerechnet werden kann.

Marzloff. Viele Kameraden beschwerten sich über die „humane“ Behandlung eines bekannten Knappschäftsarztes. Wir eruchen sie, alles was gegen den Arzt vorliegt, dem Knappschäftsältesten mitzutheilen, damit dieser sich an den Knappschäfts-vorstand wendet. Da die Zeitungsboten von nun an jeden Abschlag und Sonntag Beiträge einlassen, ist es nötig, daß die Kameraden ihr Mitgliedsbuch stets bereit legen, damit die Voten nicht unnötig zu warten brauchen. Auch werden in der nächsten Zeit die Bücher zwecks Revision eingezogen und erwarten wir, daß kein Kamerad mit seinen Beiträgen im Rückstande ist.

Notthausen. Am 1. September wurde der Kamerad W. Hög den man unter zahlreicher Beteiligung der Verbandsmitglieder in der letzten Ruhe bestattet. Woran steht der Bürgerverein, wenn er in prächtiger Form, von zwei Verbandsmitgliedern getragen, hieran schloß sich ein langer Zug von Verbandsmitgliedern, galt es hoch, einem alten Kämpfer das letzte Ehrengeleit zu geben. Der nun im Grabe Ruhende war einer von den alten Högern, ein Mitglied unserer Kameradschaft eingetretten am 1. Oktober 1880. So hat er bis zu seinem Tode treu zur Fahne gehalten, auch war er längere Jahre in unserm Vorstand tätig und seit dem Jahre 1892 war er Ortsmann als Knappschäftsältester im Sprengel des Reviers Hög. Wir trachten bei der Beerdigung um die Erlaubnis nach, ihm eine Widmung im Grabe sprechen zu dürfen. Das wurde uns grundlos verweigert. Dabei hatte man ein starkes Aufgebot von Polizei auf den Friedhof kommandiert, wodurch aber hunderte von Neugierigen herangezogen wurden. Der Verstorbene war ein Kriegsveteran im wahren Sinne des Wortes. Er hat die Feldzüge 1864, 1866 und 1870 mitgemacht, hier seine ganze P. A. in eingeleitet zur Erläuterung von Ruhm und Ehren für andere K. A. Seit 15 Jahren diente er treu einer anderen Fahne zur Erläuterung besserer Lebensbedingungen für sich und seine Verfolkten. Nun hat der Tod ihn aus der Kampflinie gerissen, aber als Weiblich bleibt er allen hiesigen Kameraden dauernd im Andenken.

Schmidthorst. Am 27. August fand im Lokale des Herrn Böhm ein gutbesuchte Zahlstellenversammlung statt. Neben das Knappschäftsamt, über die Rechte und Pflichten der Knappschäftsmitglieder sprachen die Velleiten Kruse und Müller. Die Velleiten und erlebigen sich ihrer Aufgabe zur Zufriedenheit der Anwesenden. Kamerad Müller referierte über die schroffe Behandlung der Mitglieder seitens verschiedener Ärzte. Die Reuwahl eines zweiten Vertrauensmannes ergab, daß der frühere zweite Vertrauensmann August Zeit einstimmig wiedergewählt wurde. Der Vergewerkegerichtsbesitzer Kruse gab Aufklärung über das Vergewerkegericht und forderte die Mitglieder auf, bei Klagen sich mehr an das Rechtsbüro zu wenden oder aber den § 12 der Arbeitsordnung zu zitieren, dann würde manche unnütze Klage vermieden werden. Es wurde beschlossen, daß von jetzt ab jeden dritten Sonntag im Monat eine Zahlstellenversammlung stattfinden soll. In der nächsten soll Kamerad Spaniol ein Referat halten. Auch wurde vom Kamerad Reier ein Vorschlag gemacht, in kürzester Frist ein Zahlstellenfest zu arrangieren und wurde hierzu eine Kommission gewählt. In der nächsten Versammlung sollen auch die Kandidaten zum Arbeiterausschuß ernannt werden und hoffen wir, daß die Mitglieder sich recht zahlreich daran beteiligen.

Stetrad. Vom 25.—30. September findet eine Mitglieder Revision statt und werden die Mitglieder ersucht, die Bücher bereit zu halten, damit die Revision glatt von statten geht. Ferner werden die Kameraden ersucht, die rückständigen Beiträge bis 1. Oktober zu entrichten.

Werne a. d. Lippe. „Christlicher“ Terrorismus und „christliche“ Kampfesweise. In fast jeder Nummer der „Fahnen“ des modernen „Christentums“ (eigentlich Zeitungen) sieht man von irgend einem Fall, wo ein freigeberlich organisiert Arbeiter an einem „Christenbruder“, „Terrorismus“ verhaft haben soll oder wo sie gegen die kein Wässerchen trübenden „Christlichen“ mit „schönen Waffen“ gekämpft haben. Von dem geradezu erbärmlichen Mitteln, die sie im Kampfe gegen uns anwenden, davon redet diese Sorte Presse nicht. Hier im schwarzen Finsterlande, wo noch die Dunkelmann als kleine Dorfzönig herrschen, und ihre „Untertanen“ streng unter ihre Volksmäßigkeit zwingen, ist es uns nicht möglich, zu unseren Kameraden in einer Versammlung zu sprechen und die Lokale abzutreiben, noch ehe sie uns zugesagt sind. Jetzt, wo wir vor der Wahl der Arbeiterausschüsse stehen und an allen Orten unsere Kameraden dazu ungeduldet Stellung nehmen, Kandidaten auszuführen, wollten auch wir den Versuch machen, daselbe zu tun. Der Wirt W. H. e. n. b. r. i. n. t., bei dem ein neuer, gründer Knappensverein tagt, versprach uns seinen Saal für den 3. September zur Abhaltung einer Delegationsversammlung, jedoch mußten wir erfahren, daß es in Werne noch Rechte gibt, die einen Wirt „zumverle“. Schon bei der Anmeldung rückte wir auf Hindernisse, die man ebenfalls nur noch im Finsterlande oder in einem russischen Gouvernement antieft. Als wir die Anmeldebefcheinigung verlangten, forderte der Bürgermeister zuerst von uns die „Rednerliste“. Ein merkwürdiges Verlangen, denn wer kann im Voraus wissen, welche Leute in der Versammlung sprechen wollen und sprechen werden. Wir konnten diesem Verlangen nicht nachkommen und erklärten, daß uns derartiges ganz neu sei, aber der „geschehene“ Bürgermeister entgegnete, daß er auf Grund des Vereinsgesetzes die Einreichung der Rednerliste verlangen könnte und er halte sich streng an das Gesetz. Erst dann, wenn ihm die Rednerliste vorgelegt würde, erhielten wir die Anmeldebefcheinigung und tatsächlich mußten wir, trotz allem Protest, ohne die Befcheinigung zu erhalten, fortgehen. Der Bürgermeister ist aber, vorausgesetzt, daß Werne in Preußen und die preußischen Gesetze auch im Finsterlande gelten, kolossal auf dem Holzweg und wollen wir deshalb, lebenswichtig wie wir nun einmal sind, dem Herrn Bürgermeister die Bestimmungen des preußischen Vereinsgesetzes mitteilen, damit er in Zukunft die Rednerliste von dem übermachenden Beamten und nicht von dem Versammlungsammler verlangt. Paragraph 1 des preußischen — nicht stufferländischen — Vereinsgesetzes lautet: „Vor allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen, hat der Unternehmer mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit derselben, Anzeige bei der Orts-Polizeibehörde zu machen. Diese Behörde hat darüber sofort eine Befcheinigung zu erteilen.“ Von Vorlegen der Rednerliste steht in dem preußischen Vereinsgesetz auch kein Wort, aber da wir nicht im Besitze eines zuverlässigen Atlasses waren, also nicht mit Bestimmtheit feststellen konnten, ob das Finsterland ein Teil von Preußen oder ein russisches Gouvernement ist, kamen wir der Aufforderung insoweit nach, daß wir den Referenten angaben und dann die Befcheinigung ausgestellt erhielten. Damit war ein, aber nicht das schwierigste Hindernis überwunden. Unsere Handzettel, die wir angefertigt hatten, wurden schneller heruntergerissen, als wir sie anlieben konnten und vornehmlich von Jungen, deren Väter dem „christlichen“ Gewerkeverein angehörten. Um uns den Besuch abguschwächen, gingen die Macher des Gewerkevereins in letzter Stunde hin und besahen eine Parallelversammlung ihrer Mitglieder mit derselben Tagesordnung in ein anderes Lokal ein, während sie mittlerweile den Wirt „bearbeiteten“ und zwar so, daß er „umfiel“. Am 3. September sagte er uns, daß wir sein Lokal nicht belämen und wenn wir ihm 1000 Mark gäben; als wir ihn nach dem Grunde seiner Handlungsweise fragten, erklärte er uns, daß, falls er die Versammlung zogen ließ, die „christlichen“ Vergleute und die Bürger ihn boykottierten. „Wir wollen noch länger leben, als bis heute!“ rief angsterrfüllt die Frau. Wir hätten einen Redner vom „christlichen“ Gewerkeverein einladen sollen, damit die Sache nicht so einseitig ausgefallen habe. Er (der Wirt) hätte gegen den Verband nichts, aber sein Lokal dürfe er nicht hergeben, sonst mache man ihn kaput. Alles Zureden half nichts, die Saaltür blieb verschlossen und man hatte seinen Zweck erreicht. Die hiesigen Dunkelmänner fühlen instinktiv, daß, wenn wir zu den Vergleuten sprechen können, sie vom Gewerkeverein abfallen wie die Fliegen und damit geht auch ihr eigener Einsitz immer mehr zurück und so suchen sie mit dem schmutzigsten Mittel, das es gibt, mit der Saalabtreiberi, ihre Position noch zu halten. Vergeltliche Mühe. Wir bringen auch ein, ohne Galt, dafür haben wir ja den Beweis langst erbracht. Auf ein klägliches Grundlage muß doch eine solche Sache aufgebaut sein, die sich nur mit derartigen Mitteln halten kann. Wir haben keine Kritik zu fürchten, geben in allen Versammlungen die vollste Redefreiheit und sehen sogar, wo wir stark sind, recht gerne, wenn andere Versammlungen abhalten, aber niemals haben wir unsere Leute von gegnerlichen Versammlungen fern gehalten, im Gegenteil, ihnen gesagt, geht hin, hört auch die an Andiauer et aliora pars (eines Mannes Rede ist keine, man höre sie alle beide). Wir brauchen auch gar nicht zu fürchten, daß unsere Leute auf den „Sirenenfang dieser „Nymphen“ hereinfallen, oder daß es ihnen ginge wie dem „alten Fritz“, der nach Anhöden zweier Advokaten sagte: „Der Keel hat recht!“ und als er den andern geöhrt hatte, wiederum sagte: „Der Keel hat auch recht.“ Denn als an dem Tage unsere Leute aus der Gewerkevereinsversammlung kamen, wo im Busch über das „Berggesetz“ gesprochen hatte, aber dabei fortgesetzt auf dem stöhrner Gewerkevereinskongreß auf Legien, Bismelburg, Hög und Wimpeters heruntirrt, sagten sie: „Nun wir uns diesen Quatsch angehört haben, sind wir erst recht davon überzeugt, daß der Verband unsere Organisation ist.“ Wir werden trotz der Saalabtreiberi den Mut nicht sinken lassen und bei den demnächstigen Wahlen schon zeigen, daß wir noch da sind. Je höher uns urreucht die Frut, mit je mehr Wegeistigungsflut, den heiligen Kampf wir wagen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Aus dem Wurmrevier. Auf Grube Guly war der Snappschaff...
Aus dem Wurmrevier. Auf Grube Guly war der Snappschaff...

Dah durch dieses Vorgehen die Belegschaft in helle Wut geriet...
Dah durch dieses Vorgehen die Belegschaft in helle Wut geriet...

Stahlfurt. In Nr. 206 der „Stahlfurter Zeitung“ wird geschrieben...
In anbetragt der hiesigen leuten Lebensmittelpreise...

Weihenfeld. Die Weihenfeld-Weihenfelder Braunkohlen-Altien-Ge...
welche im Oktober 1855 gegründet worden ist...

Königreich Sachsen.

Hohndorf. Wie es gemacht wird, um den Arbeitern das letzte...
hiesigen Arbeitskraft auszunutzen, davon können die Arbeiter...

Zwidau.

Zwidau. Auf die von uns und dem hiesigen „Volksblatt“ mit...
geteilten Zammerlöbne von 270 Mark für Hauer pro Schicht...

sage und schreibe vierzehn Stunden unter Tage an Wochentage...
sage und schreibe vierzehn Stunden unter Tage an Wochentage...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Die Bergleute...
rebellieren gegen das Zentrum! Im katholischen Bergarbeiter...

Wentzen.

Wentzen. Das machen wir in Oberschlesien eben...
Hier werden nicht nur strafbare Handlungen — ob erwiesen oder...

Eine verhältnismäßig gut besuchte Bezirksversammlung tagte am...
27. August in Leipzig, die nach einem Wortzuge des Kameraden...

Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippe.

Wartungshausen. Gelegentlich des Streiks der sächsischen...
Bergleute wurde von den streikenden Kameraden auch die Forderung...

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Hohenfeld. Die geradezu brutale und provokatorische Haltung der...
hiesigen Grubenverwaltung, die unsere Kameraden ohne jeden...

mit je 30 Mark. Im Unvermögensfall für je 3 Mark einen Tag... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Wieschowitz. Wozu man in Oberschlesien Hensbarmen anstellt, erhält die Tätigkeit des Herrn Siehe. Dieser Staatsverwalter... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Neurode. Als die Empörung über die ungerechte Behandlung und die schlechte Entlohnung der Bergarbeiter im hiesigen Bezirk... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

hätten, denn wenn sie dem Bedingte nach auch 3 Mark verdient hätten, so war es ehrlieh erspart. Es blieb ihnen aber nur 2,76 Mark pro... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Waldenburg. Unter den hiesigen Bergleuten treiben die katholischen... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Süddeutschland und Reichslande. Niesbach. Am 17. Sept. über von vormittags 9 1/2 Uhr ab findet... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Merlenbach. Am 8. September fand hier eine vom besten Geist... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Briefkasten. Dorffeld. J. G. Solche Sachen berichte doch lieber an die... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Verbandsnachrichten. Schaumburg-Lippe-Obernkirchen. Der nächste Sprechtag des Arbeiterssekretärs... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

legt die Weitzagerhöhung im Oktober stattfinden und auch Stellung zu... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Schmidthorst. Vom 16. Sept. ab wohnt ich Lahrer Str. 121, erste Etage. (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Achtung, Helmstedter Revier! Der Bezirksleiter Franz Winkler-Helmstedt hat seinen Vollen... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Das Zweigbureau des Bergarbeiterverbandes. Z. M.: Franz, Polorny. (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Ziemianowitj. Teile mit, daß ich nach der Fingerrstraße in... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Zahlstellen-Versammlungen u. Steuertage. Sonntag, den 17. September 1905: (Dritter Sonntag) (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Altenborsdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Fendischen Lokale. (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Jeden Sonntag nach dem 10. des Monats: (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Borbeck. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Roth. (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats: (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Alten (Eibe). Jeden Sonntag nach dem 15. in der Herberge. (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Gemeinsch. Zahlstellenversammlungen Sonntag, den 17. September 1905: (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Alfeld und Umgegend. Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn... (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Rameraden, erscheint jährlich und jährlich in diesen Versammlungen! (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen finden statt: (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Sonntag, den 17. September 1905: (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Altenborsdorf. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Siepmann. (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Sonntag, den 24. September 1905: (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Altenborsdorf. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Schöck. (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Sonntag, den 24. September 1905: (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

Altenborsdorf. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Schöck. (Die nicht gehaltenen Beden sollen vernichtet werden)...

1880 1905

Unserem Kameraden, dem Verbandskassierer

Paul Horn

und seiner Gattin

zu seinem am Dienstag, den 12. September 1905, stattfindenden

silbernen Hochzeitsfest

die herzlichsten Glück- und Segenswünsche

Zum Hochzeitsfest im Silberglanz Wünscht Euch der Kameradenkranz Von Herzen Glück und Segen!

So walle Euer Leben hin, In Lust und stetig heitrem Sinn, Die Schönheit soll es zieren, Bis daß zum goldenen Hochzeitsglanz Euch wiederum der Freundeskranz Kann fröhlich gratulieren.

Gewünscht von dem Bezirks- und sämtlichen Vertrauensleuten des Reviers Oberhausen-Meiderich-Hamborn, sowie vom gesamten Personal des Verbandsbureaus u. der Druckerel.

Westrich.

Die gegen die Ortverwallung der Zahlstelle Westrich des Verbandes der Bergarbeiter von mir gemachten Bemerkungen nehme ich mit tiefstem Bedauern als unwarer zurück.

Wilhelm Reinmann.

Rooklinghausen-Süd.

Halte mich den Kameraden zum Einrahmen von Bildern und Brautkränzen

bestens empfohlen. 339

W. Rüssel.

Buschhausen.

Bringe den Kameraden mein Tabak- und Zigarren-Geschäft in empfehlende Erinnerung.

Hormann Schädel.

Dortmund und Umgegend.

Führen aller Art

Friedrich Lüne, langjähriges Mitglied.

Umsonst u. portofrei

vers. unj. gr. Hauptkatalog über Solinger Stahlwaren, Haushalt- u. Küchengeräte, Waffen, Optik etc.

Otto Geigis & Co.

Bochum I u. IV, Hanne und Westmar II.

Gemeinsame Sitzung der Ortsverwaltungen

Tagessordnung: Neue Geschäftsführung.

Konsumverein Stadthagen.

Generalversammlung

Arbeits-Pfeife!

Umsonst u. portofrei

Achtung Kameraden!

Durch unsere Vertrauensleute und Zeitungsboten sind zu Vorzugspreisen zu beziehen: Mehr Bergarbeiterschutz. Ein Streit- und Mahnwort von Otto Hue. Preis 10 Pfg.

Zahlstelle Bormholz-Durchholz.

Gewerkchaftsfest

Zahlstelle Westherbede.

Zahlstellenfest.

Der Stand der deutschen Berggesetzgebung

Tapeten, Farben, Leinwand, Lacke, Pinsel, Fensterglas.

Rödlitz, Hohndorf u. Umg.

Hochheide.

Sterkrade u. Umg.

Langendreer.

Obst- u. Gemüsehandlung

Langendreer.

Eduard Gnos.

Styrum.

Zigarren, Rauch- u. Kautabak

W. Kisker.

Langendreer.

Eduard Gnos.

Styrum.

Zigarren, Rauch- u. Kautabak

W. Kisker.

Langendreer.

Eduard Gnos.

Styrum.

Zigarren, Rauch- u. Kautabak

W. Kisker.

Langendreer.

Sterbetafel

Es verstarben folgende Kameraden: Friedrich Dethersmidt, Brackel, Lungenentzündung.